

31. Januar

1/2023

www.landtag-mv.de



+++ Mehr Tempo beim Netzausbau +++ Guter Lohn für gute Arbeit +++ Rettung per Hubschrauber +++
Bundesförderung für die Wärmewende +++ Lockerungen der Corona-Maßnahmen +++
Tollensetal – archäologischer Schatz von Weltrang +++ Sternsinger zu Gast im Schweriner Schloss +++



3 - 27	AUS DEM PLENUM	
3	Aktuelle Stunde	“Gerade jetzt: Polizei und Justiz den Rücken Stärken“ (auf Antrag der Fraktion der CDU)
4 - 12	Auszüge aus der Originaldebatte	Ann Christin von Allwörden (CDU), Justizministerin Jaqueline Bernhardt, Innenminister Christian Pegel, Nikolaus Kramer (AfD), Michael Noetzel (DIE LINKE), Constanze Oehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), René Domke (FDP), Bernd Lange (SPD)
13 - 27	Berichte	Mehr Tempo beim Netzausbau Guter Lohn für gute Arbeit Rettung per Hubschrauber Bundesförderung für die Wärmewende Lockerungen der Corona-Maßnahmen Childhood-Haus Schwerin Annahme des Nachtragshaushalts 2023 Kunst als Inklusionsprojekt
28 - 30	Befragung der Landesregierung	
31 - 33	Meldungen	Sebastian Schmidt ist neuer Datenschutzbeauftragter Demokratie unter Krisenbedingungen Verlässliche Finanzen für Hochschulen Legalisierung von Cannabis-Eigenkonsum Gendern ist freiwillig Tollensetal – archäologischer Schatz von Weltrang
34 - 35	Gesetzgebung	
36 - 39	Ausschüsse	Besuch in Brüssel Nachtragshaushalt 2023 Ausschuss der Regionen
40 - 43	Panorama	Lehrerkollegium zu Gast bei Parlamentariern Sternsinger zu Gast im Schweriner Schloss
44	Chronik	

Titelfoto: Uwe Sinnecker

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Anna-Maria Leistner
 Referatsleiter: Julien Radloff

Layout: Uwe Sinnecker

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen ist stellenweise nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.
 Redaktionsschluss: 6. 1. 2023



Justizministerin Jaqueline Bernhardt während der Aktuellen Stunde.

Foto: Uwe Sinnecker

Polizei und Justiz stärken

Bessere Ausstattung von Polizei und Justiz dient letztlich dem Bürger

■ „Gerade jetzt: Polizei und Justiz den Rücken stärken“, war das Thema der von der CDU beantragten Aktuellen Stunde. Die Opposition bemängelte fehlende Wertschätzung für Polizei und Justiz durch die Koalition und vermisste Lösungen für das dringendste Problem: die Behebung des Personalmangels. Wertschätzung würde sich auch in besseren Arbeitsbedingungen oder direkter materieller Anerkennung ausdrücken. SPD, DIE LINKE und die zuständigen Minister wiesen die Kritik zurück. Erhebliche Haushaltsmittel stünden für die Anschaffung moderner Ausrüstung bereit. Bis zum Ende der Legislatur würde die angestrebte Personalaufstockung umgesetzt. Der einst von CDU und SPD initiierte „Pakt für Sicherheit“ behalte seine Wichtigkeit.

Die Polizei sei „das Gesicht des Rechtsstaates“ und verdiene daher unser aller Wertschätzung, verdeutlichte **Ann Christin von Allwörden** (CDU).

Ernst gemeinte Wertschätzung würde sich in der Personalplanung des Landeshaushaltes und in der Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Ermittler widerspiegeln. Sie vermisse Lösungen, Respekt und Anerkennung. Dagegen erkenne sie „das Beschneiden polizeilicher Befugnisse“ und Misstrauen – eine Entwicklung, die sie mit „großer Sorge“ sehe.

Sie habe „vollstes Vertrauen“ in Justiz, Polizei und Staatsanwaltschaft, erklärte Justizministerin **Jacqueline Bernhardt** (DIE

LINKE) mit Nachdruck. Bei jedem ihrer Besuche in den Einrichtungen vor Ort gebe sie diese Wertschätzung weiter. Das „oberste Gebot“ der rot-roten Landesregierung sei, „die Unabhängigkeit der Justiz zu wahren“. Die bedarfsgerechte Personalausstattung der Justiz bleibe „unser hehres Ziel“, trotz „Altlasten“ in Form von Einsparverpflichtungen aus der Vorgängerregierung.

Diese Regierung führe den „Pakt für Sicherheit“ der vergangenen Legislatur konsequent weiter, versicherte Innenminister **Christian Pegel** (SPD). Im Doppelhaushalt seien Mittel für zwei neue Polizeihubschrauber, sechs Wasserschutz-

boote, Tausende Polizei-Mobilfunkgeräte und für Feuerwehrfahrzeuge eingestellt worden. Ein Haushalt, dem die Opposition nicht zustimmte. Wertschätzung liege genau in diesen praktischen Taten. Mit Ende der Legislatur würden 6.200 Personalstellen im Polizeidienst existieren.

Der Fraktionsvorsitzende **Nikolaus Kramer** (AfD) erinnerte daran, dass die Gewerkschaft der Polizei seit Langem einen Personalaufwuchs fordere, auch als das Justizministerium zwischen 2006 und 2021 von der CDU geführt worden war. Echte Unterstützung müsse in „konkreten Maßnahmen“ sichtbar werden. Denn „die Ursache allen Übels“ liege im Personalmangel bei Landespolizei und bei der Justiz. Da die Qualität der Polizeiarbeit von der Qualität der Ausbildung und der Erfahrung der Beamten abhängen, sei es mit Personalstellen allein nicht getan.

Michael Noetzel (DIE LINKE) wunderte sich, ob der Wechsel in den relevanten Ministerien etwas damit zu tun habe, warum die CDU-Fraktion der Polizei und

Justiz „gerade jetzt“ den Rücken stärken wolle. Das sei nicht notwendig, da die Koalition der Polizei und Justiz „fortwährend, jeden Tag“ den Rücken stärke. Dennoch müssen Fehlentwicklungen benannt werden, um sicherzustellen, dass die Polizei mit dem ihr übertragenen staatlichen Gewaltmonopol „rücksichtsvoll und verhältnismäßig“ umgehe.

Die versprochenen 6.200 Stellen für die Landespolizei kämen erst zum Ende der Legislatur, kritisierte **Constance Oehlich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Damit der Rechtsstaat funktioniere und Polizei und Justiz ihrer Aufgabe gerecht würden, müssen sie „mit den dafür erforderlichen personellen und materiellen Ressourcen ausgestattet sein“. Das sei „kein Selbstzweck, sondern Teil der Daseinsfürsorge“.

Verlören die Menschen den Glauben an den staatlichen Schutz ihrer Grundrechte, schwächt das den Rechtsstaat und die Demokratie.

Respekt und Anerkennung verdiene die Polizei, unterstrich der Fraktionsvorsitzende **René Domke** (FDP). Denn sie schütze auch diejenigen, die der Polizei feindlich gegenüberstünden. Auch er wolle den „eklatanten Personalmangel“ und die „massive Belastung bei der Polizei“ ansprechen. Zu konkreten Verbesserungen könnten Erschwerniszulagen oder der Abbau von Bürokratie führen. Bedenken äußerte er zum Rückzug von Polizei und Justiz „aus der Fläche“, als Folge der Strukturreformen. Das müsse hinterfragt und eventuell nachgesteuert werden.

Der Polizei und der Justiz den Rücken zu stärken, so **Bernd Lange** (SPD), sei eine „ständige Aufgabe“ von Regierung und Parlament. Für ihren Einsatz rund um die Uhr, oft über die Pflicht hinaus, müsse man den Polizeibeamten danken. MV sei „eines der sichersten Bundesländer“, mit einer niedrigen Fallzahl pro Einwohner und der „höchsten Aufklärungsquote“. Der Neubau des Polizeizentrums in Neubrandenburg und des Polizeihauptreviers in Waren würde diese gute Arbeit befördern.

Es fand eine Aussprache statt.

■ Ann Christin von Allwörden, CDU:

„Die Linkskoalition tut so, als würde die Bedrohung im Wesentlichen von Polizei und Justiz ausgehen und als müsste man den Bürger davor schützen.“

Foto: Uwe Sinnecker



[...] Für die CDU-Fraktion und auch für CDU-Innenminister war Wertschätzung für wichtige Institutionen unseres Rechtsstaates immer eine Selbstverständlichkeit. Ich stelle fest, dass SPD und DIE LINKE einen anderen Kurs eingeschlagen haben.

Für SPD und DIE LINKE steht nicht mehr der Schutz des Bürgers durch Polizei und Justiz im Zentrum. Die Linkskoalition tut regelmäßig so, als würde die Bedrohung im Wesentlichen von Polizei und Justiz ausgehen

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

und als müsste man den Bürger davor schützen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

[...] Es haben sich aber auch schon bei uns junge Menschen auf die Autobahnen abgeseilt und damit den Verkehr zum Erliegen gebracht.

(Thore Stein, AfD: Mit Genehmigung, mit Genehmigung.)

und sich hinterher darüber beschwert, dass die Polizei ein bisschen ruppig mit denen vorgegangen sei. Von Wertschätzung für die Polizei war da von Rot-Rot aber nichts zu hören. [...]

Das gilt auch für den Vorfall in Glantzhof zwischen Strasburg und Woldegk. Fünf Aktivisten der Gruppe „Die letzte Generation“ haben dort eine Ölpumpstation besetzt. Nach eigenen Angaben drehten sie die Pipeline ab und klebten sich an der Anlage fest. Die Polizei war vor Ort. Für ein paar Worte des Innenministers oder gar der Ministerpräsidentin hat es aber mal wieder nicht gereicht.

[...] Und damit komme ich zum jüngsten Fall, nämlich dem Brandanschlag in Groß Strömkendorf. Wir alle – und das betone ich ganz deutlich – sind heilfroh, dass dort niemand zu Schaden kam, dass der Brand gelöscht werden konnte und dass die schutzsuchenden Menschen woanders untergebracht wurden. Ich gebe ganz offen zu, wenn ich eine brennende Flüchtlingsunterkunft sehe, dann denke ich sofort „Neonazis“. Das geht uns allen so, denn auf uns, auf unseren Schultern lastet die Landesgeschichte. Diesem ersten Impuls muss man aber widerstehen, vor allem nach außen hin.

Ich weiß, dass es zu Beginn der Ermittlungen Hinweise gab, dass die Tat einen rechtsextremen Hintergrund hätte haben können. In so einer Situation macht man dann eines, wenn man Wertschätzung für Polizei und Staatsanwaltschaften empfindet: Man lässt die Damen und Herren ihre Arbeit machen und wartet ab.

[...] Als nach Wochen des Wartens die Ermittlungsbehörden dann erklärten, ein Tatverdächtiger sei in Haft, Hinweise auf rechtsextreme Motive, die gebe es nicht, was hat da Rot-Rot getan? Die SPD hat geschwiegen. Herr Pegel immerhin hat öffentlich erklärt, dass die „Spekulationen“ über die Tat-hintergründe jetzt hoffentlich „ein Ende“ haben. Aber die Fraktion DIE LINKE und auch der linke Landesverband waren sich nicht zu schade, den Ermittlern öffentlich Tipps zu geben, wie man vielleicht doch noch ein rechtsextremes Motiv ermitteln könnte.

[...] Wenn Ermittlungsbehörden darüber informieren, dass entsprechende Hinweise nicht vorliegen, dann sollte man so was nicht grundlos in Zweifel ziehen, zumindest nicht dann, wenn man vorgibt, Wertschätzung zu empfinden. Ausschließen kann man auf dieser Welt rein gar nichts, aber wenn es keine Hinweise auf etwas gibt, dann heißt das nicht, dass die Staatsanwaltschaft schlampig arbeitet. Wenn es keine Hinweise darauf gibt, dass etwas existiert, dann ist das allerdings ein sehr deutliches Indiz dafür, dass etwas nicht existiert.

Ministerin Bernhardt indessen schwieg zu dem gesamten Vorgang. Medien zufolge habe sie sich auf diesen Antrag nicht äußern wollen, im zuständigen Ausschuss dann Rolle rückwärts, sie sei in den Medien falsch verstanden worden, selbstverständlich stehe sie an der Seite der Staatsanwaltschaften.

■ Ministerin Jacqueline Bernhardt:
„Für mich bedeutet,
der Justiz den Rücken
zu stärken,
den Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter
Fürsorge zu leisten.“



Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! [...] der Polizei und der Justiz den Rücken stärken. Das machen wir als rot-rote Landesregierung! [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)*

Ich spreche zu meinem Bereich – der Justiz – [...] Der Justiz den Rücken stärken, heißt für mich in diesem Zusammenhang zunächst, [...] die [...] Unabhängigkeit der Justiz.

Und lassen Sie mich das am Beispiel Groß Strömkendorf einmal praktisch verdeutlichen [...]. Die Tat [...] ist zu verurteilen, unabhängig von dem Motiv, Leib und Leben von Menschen wurden gefährdet. Oberste Priorität ist es jetzt, die Straftat aufzuklären, mit all ihren Folgen. Das geschieht, und [...] ich habe vollstes Vertrauen, sowohl in die Polizei als auch in die Staatsanwaltschaften und die Justiz in diesem Land, dass sie dies mit dem notwendigen Ernst und vollumfassend machen.

[...] Und dann, Frau von Allwörden, möchte ich Ihnen einmal verdeutlichen, was Unabhängigkeit der Justiz heißt. Das heißt für mich, dass für ein laufendes Ermittlungsverfahren in meiner Zuständigkeit die ermittelnde Staatsanwaltschaft verantwortlich ist. Das gilt auch für die Öffentlichkeitsarbeit [...] und das weiß Ihre Ex-Ministerin selber am besten [...]. Öffentlichkeitsarbeit des Justizministeriums zu einem laufenden Strafverfahren/Ermittlungsverfahren könnte als eine wie immer geartete Einflussnahme auf die Sachleitung der

Staatsanwaltschaft beziehungsweise auf ein etwaig mit der Sache befasstes Gericht missverstanden werden.

Die von Verfassungen wegen unabhängigen und nur dem Gesetz unterworfenen Gerichte und quasi auch Staatsanwaltschaften müssen jedoch frei agieren können. Und zwar ohne justizfremde Erwägungen und ohne jegliche politische Einflussnahme, sei es auch nur mittelbar, wie etwa durch eine über die Medien verbreitete Äußerung der Justizministerin [...]. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass ich in die Arbeit des Geschäftsbereiches des Ministeriums [...] vollstes Vertrauen habe und allen dort Beschäftigten mal für ihre tägliche Arbeit für unser Gemeinwesen äußerst dankbar bin, und an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön!

Und diese Wertschätzung gebe ich bei jedem meiner Gerichtsbesuchen den Gerichten mit, gebe ich bei jedem Staatsanwaltschaftsbesuch mit. Und insofern brauche ich nicht erst Ihre Aufforderung [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Und, sehr geehrte Frau von Allwörden, [...] Für mich bedeutet, der Justiz den Rücken zu stärken, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Fürsorge zu leisten, sie zu stärken. Das machen wir durch beispielhaft drei Projekte:

Dieses Jahr wurde die psychologische Krisenintervention für [...] Mitarbeitende in den Gerichten eingeführt. Bei traumatischen Folgen können sie sich an eine Psychologin wenden und dort das aufarbeiten.

Zum Zweiten haben wir [...] ein Seminar zu Deeskalation und Selbstschutz, um auch [...] Gerichtsvollziehende bei ihren Außenterminen und häufig schwierigen Fällen zu schützen.

Und drittens, auch bei den Justizwachtmeistern haben wir natürlich ein Seminar,

*(Zurufe von Horst Förster, AfD, und
Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

wo sie dienstbezogene Selbstverteidigung üben, so sicher sind und wir so alles unternehmen, dass auch die Mitarbeitenden in der Justiz sicher sind, dass wir ihren Gesundheitsschutz gewährleisten.

Und natürlich gehört auch eine bedarfsgerechte Personalausstattung in der Justiz dazu. [...] In den Haushaltsverhandlungen stellte sich ja Herr Ehlers hier vorne hin und kritisierte mich immer, warum wir keine weiteren zehn Stellen gefordert hätten. Aktuell verfügt die Justiz des Landes [...] über 638 Stellen für Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und Amtsanwäl/-innen. Die sogenannte Pro-Stelle-Belastung stellt sich – ausgehend von dem Personalbedarf im ersten Halbjahr 2022 – über alle Geschäftsbereiche hinweg so dar, dass ein Durchschnittswert von 0,92 erreicht wird.

Und natürlich gehört es der Ehrlichkeit halber dazu, dass ich aus den Regierungszeiten der CDU [...] Altlasten, übernommen habe. Insgesamt sind im Haushaltsplan Einsparverpflichtungen im Umfang von 30 Stellen festgeschrieben. Das sind die Altlasten aus Ihrer Regierungsverantwortung, sehr geehrte Damen und Herren der CDU!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)*

Das ist Ihre Wertschätzung, wobei ich es als Erfolg bezeichne, dass ich die noch aus dem Personalkonzept 2010 herrührenden Einsparverpflichtungen aus dem Jahr 2018 beziehungsweise 2019 [...] bis ins Jahr 2026 schieben konnte. Und an dieser Stelle gilt mein herzlicher Dank dem Finanzministerium [...].!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Insofern frage ich Sie einmal zurück ...

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Daniel Peters, CDU)*

[...] wie sah es denn mit der Wertschätzung der Justiz in Ihrer Regierungszeit aus? Nicht gerade toll, muss ich feststellen.

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)*

Nichtsdestotrotz bleibt es mein hehres Ziel,

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Glocke der Präsidentin)*

[...] der Justiz weiter den Rücken zu stärken. [...]

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

■ Minister Christian Pegel:

„Diese Wertschätzung kommt immer dann in der öffentlichen Wahrnehmung ins Wanken [...] wenn wir Schwierigkeiten haben.“

Foto: Uwe Sinnecker



[...] Eigentlich ein tolles Thema: „Polizei und Justiz den Rücken stärken“. Schade, dass Sie das mit Ihrer Einbringungsrede null getan haben,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

denn die Kolleginnen und Kollegen hätten es verdient gehabt in der Tat, ganz ausdrücklich, das, was dort täglich geleistet wird,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

zu loben, zu stärken und zu unterstützen.

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

[...] Wir hatten den lang gehegten Wunsch der Polizei, sicher zu sein, dass die zwei Polizeihubschrauber, die verfügbar sind, die aber ersetzt werden müssen in den kommenden Jahren, tatsächlich haushalterisch abgebildet werden. Und es war nicht so, dass ich in einen Haushalt blicken konnte und die Vorgängerkollegen gesagt haben, ist sicher, sondern wir haben in den Haushaltsverhandlungen für dieses Jahr, für nächstes Jahr die beiden Polizeihubschrauber abgebildet.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Und ich kann mich gut erinnern, wer diesem Haushalt nicht zugestimmt hat,

*(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Hört, hört! Hört, hört!)*

wer die Wertschätzung nicht unterstützt hat.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)*

Das waren Sie!

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

[...] Für uns war aber gleichermaßen bedeutsam das, [...] dass wir eine Ausbaustufe von 6.000, rund 6.200 Kolleginnen und Kollegen im Polizeidienst erreichen. [...] Auch in diesem Falle geht es darum, die Fachhochschule entsprechend zu ertüchtigen, aber vor allen Dingen nach außen die klaren Signale zu setzen, dass wir Wertschätzung geben. [...]

Wir haben das 50 Millionen-Euro-Paket versprochen umzusetzen, gemeinsam. Das tun wir aktuell. Wir haben feststellen müssen, dass die Preissteigerungen nicht ausreichen, alle zu Beginn avisierten Feuerwehrfahrzeuge auch wirklich aus den 50 Millionen alleine bezahlen zu können, also haben wir dafür Sorge getragen, dass es jetzt ein 52,1-Millionen-Euro-Paket ist. [...]

Diese Wertschätzung kommt immer dann in der öffentlichen Wahrnehmung ins Wanken [...] wenn wir Schwierigkeiten haben [...] und dann sind wir selbst aufgerufen, dafür Sorge zu tragen, dass wir nicht in Skandale und Skandalchen verwickelt werden. [...]

Aber dann gehört auch dazu, dass wir als Ministerinnen und Minister uns auf keinen Fall Fehlverhalten an der Stelle leisten dürfen. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

■ Nikolaus Kramer, AfD:

„Wir brauchen unbedingt Personalaufwuchs in allen Bereichen der Landespolizei.“

Foto: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] Liebe Landsleute! „Gerade jetzt: Polizei und Justiz den Rücken stärken“ – ich bin der CDU dankbar für das Aufsetzen dieser Aktuellen Stunde. [...] Wer hatte denn von 2006 bis Ende 2021 das Justizministerium inne und das Innenministerium inne?

(Torsten Renz, CDU: Ja, die CDU.)

Das war die CDU-Fraktion.

*(Torsten Renz, CDU: Sehr richtig! –
Zuruf von Katy Hoffmeister, CDU)*

Und Sie können sich jetzt natürlich zurücklehnen und sagen, Ihre Initiativen, die konnten Sie so nicht durchsetzen,

*(Zurufe von Ann Christin von Allwörden, CDU,
und Marc Reinhardt, CDU)*

weil Sie einen starken Koalitionspartner hatten, der das so nicht hat durchgehen lassen, [...]

(Torsten Renz, CDU: Was konkret?)

Also dieses ganze Verhalten, diese ganzen Redebeiträge – auch von Ihnen, mit Verlaub, Herr Innenminister – waren lächerlich.

(Zuruf aus dem Plenum: Was denn konkret?)

Wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, dass die [...] Fraktion die Justiz und die innere Sicherheit nicht wertschätzt, indem hier Anträge für den Haushalt abgelehnt werden [...] wir haben die Anträge schlichtweg abgelehnt, weil sie nicht für eine Verbesserung nach unserem Dafürhalten für Justiz und Innere Sicherheit sorgen. Das ist doch der Punkt, meine Damen und Herren!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Sehr richtig!)*

[...] Dennoch ist es ein bisschen dünn, meine Damen und Herren von der CDU. Sie formulieren, man müsse Polizei und Justiz den Rücken stärken, doch das reicht mir als bloßes Loyalitätsbekenntnis nicht aus, sondern die echte Unterstützungsabsicht muss doch sein, dass konkrete Maßnahmen zu ergreifen sind. Und bisher fehlen mir die konkreten Maßnahmen, [...] auch [...] in der Vergangenheit, die sind Sie hier den Beamten gerade im Bereich der inneren Sicherheit, gerade im Bereich der Landespolizei schuldig geblieben.

Ich kann mich da an eine junge, dynamische, aufstrebende Fraktion erinnern, und zwar die AfD-Fraktion, die hier ganz viele, ganz hervorragende Anträge gestellt hat,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

die durch die Bank alle abgelehnt worden sind.

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

[...] das Hauptproblem ist doch nach wie vor und ist seit Jahrzehnten [...] mangelt es an Personal [...] Da liegt die Ursache allen Übels.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und da kann ich in jede Justizvollzugsanstalt gehen [...] da guck ich mir die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Recht und Polizei in Güstrow an, da passiert seit Jahren wenig bis gar nichts [...]

Meine Fraktion, immer wieder, immer wieder haben wir bei den Haushaltsverhandlungen die Forderungen aufgemacht, mehr [...] für die Bewerbung der Attraktivität des Polizeiberufs zu tun – abgelehnt [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Grundsätzlich müssen wir festhalten, dass die Qualität der Polizeiarbeit naturgemäß auch von der Qualität der Ausbildung unserer Polizeibeamten abhängt und im Übrigen auch von ihrer Erfahrung. [...] Und die Kollegen an der Fachhochschule, die machen einen richtig, richtig guten Job [...] Und auch die Kollegen auf der Straße machen einen richtig guten Job. Dennoch [...] – ich werde nicht müde, diese Aufforderung zu wiederholen –, wir brauchen unbedingt Personalaufwuchs in allen Bereichen der Landespolizei und auch in allen Bereichen der Justiz, meine Damen und Herren!

[...] wissen Sie, was damals noch im August 2020 auf der Tagesordnung stand? Ein [...] Antrag trug die Überschrift: „Der Landespolizei den Rücken stärken ...“. Und der war – dreimal dürfen Sie raten, meine Damen und Herren –, der kam von der AfD-Fraktion.

[...] Wir haben unser Bekenntnis seitdem hier im Landtag jeden Tag abgegeben für die Landespolizei, für die Justiz, meine Damen und Herren. Wir benötigen daher diese Aktuellen Stunden nicht. Was wir brauchen [...] sind klare Initiativen

[...] das ist Stellenaufwuchs, das ist die Bereitstellung von Ausrüstungen und nicht nur Lippenbekenntnisse hier in diesem Parlament, meine Damen und Herren. – Herzlichen Dank!

■ Michael Noetzel, DIE LINKE:

„Polizei und Justiz jeden Tag den Rücken stärken.“

Foto: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! [...] ehrlicherweise sehen wir keinen Grund dazu, der Polizei und Justiz gerade jetzt den Rücken zu stärken,

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

denn wir tun das in der Koalition fortwährend jeden Tag, möchte man meinen. Der Minister hat das noch mal bekräftigt.

(Zuruf von Daniel Peters, CDU)

[...] Die Koalition hat sich zum Pakt für Sicherheit und einer modern aufgestellten Polizeiarbeit bekannt.

(Torsten Renz, CDU: Wie ist denn Ihr Pakt für Sicherheit?)

Die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege Mecklenburg-Vorpommern in Güstrow hat dabei eine besondere Bedeutung. Dies würdigen wir mit den entsprechenden Zuwendungen im Haushalt, im aktuellen sowie in dem kommenden.

(Torsten Renz, CDU: Welche konkret?)

Unsere Zielstellung bleiben die 6.200 Stellen für die Polizei,

(Torsten Renz, CDU: Sehr großzügig! Sehr großzügig!)

auch das hat der Minister schon ausgeführt. Insbesondere um die künftigen Altersabgänge abzufedern, muss in die Fachhochschule Güstrow investiert werden und auch die

Aus- und Fortbildung weiter attraktiv gestaltet werden. Wir sind auf einem guten Weg, aber es lassen sich nicht alle Wunden im Handumdrehen heilen, die seit 2007 aufgerissen wurden.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Eine langjährige Forderung aus der praktischen Polizeiarbeit, die auch Eingang in unseren Koalitionsvertrag gefunden hat, auch das hat der Minister schon erwähnt, ist die zukünftige Möglichkeit der sogenannten Y-Ausbildung an der FH Güstrow. Auch das macht den Polizeidienst für Anwärtinnen und Anwärter in spe attraktiver, und wir können damit ganz gezielt den Rücken der Kriminalpolizei stärken.

Meine Damen und Herren, ich bin froh, dass mit der neuen Hausspitze und neuen beziehungsweise aufgerückten Führungskräften eine Fehlerkultur im Ministerium Einzug gefunden hat, die diesen Namen auch verdient,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

denn niemand, niemand stärkt den Rücken der Polizei, der unkritisch mit ihr und Fehlentwicklungen in ihr umgeht. Der Polizei ist das staatliche Gewaltmonopol übertragen. Sie hat weitreichende Eingriffsbefugnisse. Wir können erwarten, dass diese Macht rücksichtsvoll und verhältnismäßig eingesetzt wird. Und dort, wo das nicht geschieht, dürfen und müssen wir die Polizei und andere staatlichen Organe kritisieren [...] natürlich stärken wir auch der Justiz den Rücken. Das Justizministerium arbeitet kontinuierlich daran, den juristischen Vorbereitungsdienst attraktiver zu machen und so mehr junge Leute für die Arbeit in der Justiz des Landes zu begeistern, denn auch in der Justiz wird der altersbedingte Abgang vieler Richterinnen und Richter in den nächsten Jahren zu einer Herausforderung. Es wurde eine Ombudsstelle für Referendarinnen und Referendare eingerichtet, nachher werden wir noch die Einführung des Vorbereitungsdienstes in Teilzeit auf den Weg bringen. Das alles trägt Früchte. Am 1. Dezember 2022 wurden insgesamt 73 Referendarinnen und Referendare neu eingestellt und die Zahlen steigen weiter.

Kürzlich wurde der Pakt für den digitalen Rechtsstaat beschlossen, zu dem wir natürlich als Land auch unseren Teil beitragen. Auch das darf man nicht vergessen. Und auch der Justizvollzugsdienst wird gestärkt. Am 1. Dezember wurden 13 Justizvollzugsanwärtinnen und -anwärter vereidigt, und das heißt, auch hier tut sich was. Und die Ministerin unternimmt weitere Anstrengungen, um Belastungen im Justizvollzug und damit den enormen Krankenstand zu verringern.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der CDU: Schöne freie Rede!)

Was die Ministerin nicht machen wird – und das hat sie hier auch noch mal deutlich gemacht –, sie wird die Unabhängigkeit der Justiz nicht antasten. Das hat sie vom ersten Tag an klargemacht und das ist auch gut so. Und das ist die größte Rückendeckung, die eine Ministerin ihrer Justiz geben kann [...]

■ Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
 „Eine auskömmliche
 Stellenausstattung
 bei Polizei und Justiz ist
 kein Selbstzweck, sondern
 Teil der Daseinsfürsorge“

Foto: Uwe Sinnacker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleg/-innen! Die wichtigsten Aufgaben der Polizei sind die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und der Schutz vor Gewalt. [...] Damit die Polizei ihren Aufgaben gerecht werden kann, muss sie mit den dafür erforderlichen [...] Ressourcen ausgestattet sein.

Im Koalitionsvertrag von SPD und DIE LINKE heißt es dazu: „Die Koalitionspartner bekennen sich zu dem in der letzten Legislaturperiode beschlossenen Pakt für Sicherheit und den darin vereinbarte 6.200 Stellen für die Polizei.“ Im aktuellen Doppelhaushalt für die Jahre 2022 und 2023 sucht man diese versprochenen 6.200 Stellen für die Landespolizei jedoch vergebens.

(Beifall René Domke, FDP)

[...] Als sichtbarer Arm des staatlichen Gewaltmonopols ist die Polizei in besonderem Maße den Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verpflichtet. Bei Fehlverhalten müssen Fehler, strafbares Verhalten und strukturelle Mängel [...] aufgeklärt und gehandelt werden.

[...] Der Rechtsstaat schützt die Rechte des Einzelnen und den Einzelnen auch und gerade gegenüber staatlichen Eingriffen. Damit dieser Rechtsstaat funktioniert, braucht es eine [...] gut ausgestattete Justiz, die in der Lage ist, Recht zu sprechen, exekutive oder legislative Maßnahmen effektiv zu prüfen und gegebenenfalls wirksam zu korrigieren.

Doch die Justiz in Mecklenburg-Vorpommern ist nicht gut ausgestattet. [...] Das Problem ist, der aktuelle Doppelhaushalt [...] ignoriert die mithilfe des Personalbedarfsberechnungssystems PEBB\$Y ermittelten Personalbedarfe. Das

wird in keinem Bereich so deutlich wie dem der Staatsanwaltschaft. [...]

Eine auskömmliche Stellenausstattung bei Polizei und Justiz ist kein Selbstzweck, sondern Teil der Daseinsfürsorge. Dafür zwei Beispiele.

Das eine: Personelle Engpässe bei der Justiz führen zu überlangen Verfahrensdauern. Mit durchschnittlich 20 Monaten zählen die Verfahren vor den Sozialgerichten in Mecklenburg-Vorpommern zu den längsten bundesweit, und das, obwohl es hier oft um das schiere Existenzminimum geht. Das andere Beispiel betrifft die Landespolizei. Die führt zwar keine Statistiken über die Zeit, die sie [...] braucht vom Eingang eines Notrufs bis zum Eintreffen am Einsatzort, aus einer Stichprobe in der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Kollegen Wulff auf Drucksache 8/1327 ergibt sich aber, dass die jeweils zwischen 14 und 35 Minuten dauern kann. In so einer Zeitspanne kann viel passieren.

Wenn die Menschen irgendwann [...] nicht mehr daran glauben, dass der Staat ihre Grundrechte schützt, schwächen wir den Rechtsstaat und damit auch die Demokratie. [...] Deshalb sagen auch wir Bündnisgrüne: Polizei und Justiz den Rücken stärken, gerade jetzt!

[...] Gerade jetzt, wo heute in den frühen Morgenstunden Durchsuchungen bei rund 50 Frauen und Männern [...] vorgenommen wurden, denen vorgeworfen wird, eine terroristische Vereinigung gebildet zu haben, um die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen [...]. Die Gruppe soll geplant haben, das Reichstagsgebäude zu stürmen, durch Anschläge auf die Stromversorgung bürgerkriegsähnliche Zustände herbeizuführen sowie die Bundesregierung abzusetzen, um dann die Macht zu übernehmen. Für die Bundesanwaltschaft ist das wohl der größte Antiterrorereinsatz in der Geschichte der Bundesrepublik.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Damit Polizei und Justiz auch in Zukunft dazu in der Lage sind, solche Herausforderungen zu meistern, müssen wir diesen Institutionen [...] den Rücken stärken. Gerade jetzt! – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

■ René Domke, FDP:

„Lassen Sie uns stolz darauf sein und lassen wir wirklich den Leuten das zukommen an Wertschätzung, was sie verdienen.“

Foto: Uwe Sinnecker



[...] Ich bin [...] dankbar, in diesem Staat zu leben [...], einen Rechtsstaat, der sich [...] auch für die einsetzt, die sogar gegen diesen Rechtsstaat stehen,

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

[...] wir sollten [...] dankbar sein für diejenigen, die [...] das ganze Jahr über ihren Kopf halten [...] [...], dass es Menschen gibt, die rund um die Uhr dafür eintreten, [...] dass sowohl die geschützt sind, die demonstrieren und die sich artikulieren wollen, aber auch die geschützt sind, die vielleicht eine andere Meinung haben [...]. Das ist das, was hier ausgehen sollte als Signal. Das heißt „stärken“, das heißt „den Rücken stärken“ [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

[...] Ich kenne keinen Staat in der Welt oder nur wenige, wo das so toleriert wird, dass vor allem auch demonstriert werden kann gegen diejenigen, die sogar die Demonstrationen beschützen, [...]. Lassen Sie uns stolz darauf sein und lassen wir wirklich den Leuten das zukommen an Wertschätzung, was sie verdienen [...].

*(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD, DIE LINKE,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

Und genau das haben wir als Politik manchmal aus den Augen verloren. Das ist vielleicht auch das, was wir in der Gesellschaft noch stärker platzieren müssen [...].

[...] es ziehen neue Phänomene auf [...]. Wir haben es verstärkt mit Reichsbürgern zu tun, wir haben es immer wieder mit Verfassungsfeinden zu tun [...] genau dafür brauchen wir gut ausgebildetes Personal.

[...] Die Gewerkschaft der Polizei hat Anfang August [...] auf desaströse Situationen hingewiesen, dass [...] ein eklatanter Personalmangel vorherrscht, dass es eine massive Belastung bei der Polizei gibt. Die Antwort war aus dem Ministerium [...] teilweise beschämend [...], die angesprochenen Kritikpunkte seien an den Haaren herbeigezogen.

Nicht erst seit gestern [...] ist bekannt, dass wir zwar gut 6.200 Stellen im Stellenplan haben, [...] aber nach wie vor sind 400 Stellen [...] nicht besetzt. [...], [...] ich hätte da [...] gerne mehr Antworten drauf, wann das denn erreicht werden soll und wie es erreicht werden soll. [...].

Es sind [...] viele warme Worte, die immer wieder hier im Plenum wiederholt werden. Ich habe auch entnommen, dass wir [...] über die Datenschutzdebatte, Vorratsspeicherung [...] uns noch mal intensiver auseinandersetzen müssen. [...].

Das Nächste ist das Thema „Rückzug Polizei und Justiz aus der Fläche“ [...]. Es sind Strukturreformen vorgenommen worden. Es mag Gründe gegeben haben dafür [...], aber die Bürgerinnen und Bürger haben auch in der Fläche den Anspruch auf Ordnung und Sicherheit, auf ein funktionierendes Justizsystem. [...].

[...] Wir sollten auch noch mal über konkrete Forderungen reden, zum Beispiel die Dynamisierung der Zulagen nach der Erschwerniszulagenverordnung. [...] Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit von Stellenzulagen [...]. Einführung von pauschalen Beihilfen [...]. Ich lese hingegen, dass [...] als Ausdruck unserer Wertschätzung sie wochen-, monatelang auf Beihilfeforderungen warten. [...] wir eine Belegpflicht, eine Vorlagepflicht von Belegen für dieses sogenannte Bewegungsgeld eingeführt haben.

[...] es wäre doch aller Mühe wert, mit den Betroffenen [...] ins Gespräch zu gehen. [...] ich höre immer nur, wir müssen planen, wir müssen Konzepte erarbeiten – [...] aus Plänen muss nur irgendwann auch einmal etwas reifen und aus Konzepten muss auch irgendwann einmal etwas greifen. [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und FDP)*

■ Bernd Lange, SPD:

„Wir stehen weiterhin hinter unserer Polizei.“

Foto: Uwe Sinnecker



[...] unsere Polizeibeamten, die [...] 365 Tage [...] rund um die Uhr Dienst machen, machen oftmals mehr als nur ihre Pflicht. Und dafür müssen wir ihnen Dank sagen [...].

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und FDP)

Aber auch Danke an die Kollegen der Feuerwehr, der freiwilligen Feuerwehren, der Justiz, [...] vom THW [...] bis zum DLRG [...]. Die versehen auch Dienst dafür, dass wir in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung leben können.

Den Rücken stärken der Polizei oder der Justiz, ist eigentlich ständige Aufgabe der Regierung und des Parlamentes. Wir müssen der Lage entsprechend immer wieder neu [...] aufstellen, auch die Polizei muss sich neu aufstellen. Wenn ich mir angucke die Demonstrationen, der normale Dienstbetrieb, was da alles geleistet wird – es ist Wahnsinn [...].

Und wenn wir dann darüber diskutieren, dass irgendwelche Pläne nicht erfüllt werden können [...] – das Innenministerium stellt immer wieder Geld zur Verfügung. [...] sechs Streifenboote See werden angeschafft, [...] die Ersatzbeschaffung von zwei Hubschraubern, [...] 5,7 Millionen für Dienstfahrzeuge [...] und Hochbaumaßnahmen. [...]

Mecklenburg-Vorpommern ist eines der sichersten Bundesländer in Deutschland. Die Zahl der polizeilich registrierten Straftaten sowie die Fallzahlen je Einwohner konnten 2021 nach der Polizeistatistik auf ein Rekordtief gesenkt werden. Gleichzeitig haben wir die höchste Aufklärungsquote bundesweit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Torsten Renz, CDU: Dann war das CDU-geführte Innenministerium ja doch nicht so schlecht?!)

(Torsten Renz, CDU: Eben.)

[...] Aber damit es so bleibt, wollen wir auch weiterhin eine starke Polizei haben als Land [...].!

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

[...] Der Schutz der freien Meinungsäußerung ist ein ganz hohes Rechtsgut, gerade im Demonstrationsgeschehen. [...] Manchmal konnte man den Leuten das nicht mehr vermitteln, die Steine flogen oder wir wurden mit Seife besprüht oder sonstige Sachen, aber wir haben den Kopf hingehalten [...].

[...] Gerade die Justizvollzugsbeamten haben ein Anrecht darauf, dass sie auch vernünftig Dienst machen. Und wenn ich jetzt sehe die Möglichkeiten, die Gelder, die in die Hand genommen werden, [...] und die Zahl der Referendare [...] ist die höchste Zahl, die wir [...] haben in den letzten 20 Jahren,

(Zuruf von Katy Hoffmeister, CDU)

und das alles ermöglicht auch unser Koalitionsvertrag.

(Heiterkeit und Zuruf von Torsten Renz, CDU)

[...]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Ich wollte eigentlich darauf verzichten, aber wir kommen zu Groß Strömkendorf. Ich habe heute im „Nordkurier“, [...] gelesen und war [...] erstaunt, wenn ein hier anwesender Politiker ein brennendes Asylbewerberheim als „Event“ erklärt. Ich war richtig geschockt.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Also ich zitiere [...]: „Mit ihrem Event-Tourismus zum Brandanschlagsort haben SPD-Politiker versucht, die Tat politisch auszuschlachten. Das verurteilen wir.“

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Torsten Renz, CDU: Oha!)

Ich möchte [...] feststellen, dass die Bundesinnenministerin zum Brandort gefahren ist, [...] die Ministerpräsidentin [...], der Innenminister und auch der Vorsitzende des Innenausschusses, die haben das Gespräch gesucht mit den Einsatzkräften, mit den Leuten vor Ort, und gesagt worden ist vor Ort, ich zitiere [...]: Bundesinnenministerin Nancy Faeser sprach von einer furchtbaren Nachricht. „Menschen, die vor Putins Krieg bei uns in Deutschland Schutz gefunden haben, mussten aus den Flammen gerettet werden.“ Zahlreiche Politiker sowie Vertreter von Kirchen und Gewerkschaften äußern ihr Entsetzen über den Brand in Mecklenburg-Vorpommern. [...] So viel zu dem Thema, das hier vorgeworfen ist und politisch ausgeschlachtet wird.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Franz-Robert Liskow, CDU)

[...] das ist unterstes Niveau, was ich hier nicht weiter ausführen will. [...] wir stehen weiterhin hinter unserer Polizei. Ich war 40 Jahre lang Polizeibeamter, und ich habe mich auch bei den SPD-Leuten jetzt gut aufgehoben gefühlt. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Mehr Tempo beim Netzausbau

Ungerechtigkeiten in der Kostenbelastung für die Energiewende müssen behoben werden

■ Im Nordosten wird mehr Strom mit erneuerbarer Energie erzeugt als verbraucht. Trotzdem zahlen die Menschen in MV höhere Strompreise als im Bundesdurchschnitt. Das liegt zum Teil an den leistungsschwachen Übertragungsnetzen. Bei zu viel Windkraft werden die Windräder vom Netz genommen, um einer Überlastung der Leitungen vorzubeugen. Dem Anlagenbetreiber steht dann eine volle Entschädigung zu – umgelegt auf den Verbraucher. Auch kompensiert Deutschland den Ausfall der Atomkraftwerke in Frankreich mit Zusatzlieferungen. Dieses sogenannte „Redispatch“ verursacht weitere Kosten, abgewälzt auf den Endkunden. Ein Antrag von SPD und DIE LINKE suchte nach Lösungsansätzen, damit in MV nicht mehr als anderswo für Strom gezahlt wird. Dazu gehörten beschleunigte Genehmigungsverfahren für den Ausbau der Strom- und Verteilnetze. Ferner müsse beim Bund auf die gerechte Verteilung der Redispatch-Kosten gedrängt und eine Neuausrichtung des Regulierungsrahmens für die Stromnetzbetreiber gefordert werden. Ein Änderungsantrag der CDU zielte auf die Berücksichtigung der bereits in den Netzausbau getätigten Investitionen in MV in die bundesweite Neuregelung ab.

Sowohl der Bau der Energienetzinfrastruktur als auch der Transport von Strom und Gas kosteten Geld, verdeutlichte **Falko Beitz** (SPD) die Problematik. Diese Kosten trüge der Verbraucher. Das sei hinnehmbar, wenn die Energiepro-

duktion und der Verbrauch regional ausgeglichen wären. Die Netze seien aber nicht für die Ableitung der hohen Produktion von erneuerbaren Energien, gerade in ländlichen Regionen, ausgelegt. MV baue darum „deutlich größere Strom-Straßen als eigentlich benötigt, um den Strom vom Acker in Richtung Süddeutschland, aber auch nach Hamburg oder Berlin auf die Reise zu schicken. Die Kosten hierfür bleiben aktuell aber vor Ort“. Dabei habe die Stromproduktion in MV überregionale Bedeutung. Allerdings seien gut funktionierende Stromnetze die Achillesferse der bundesweiten Energiewende. Der Koalitionsantrag dränge daher auf eine faire Verteilung der Kosten für den Netzausbau und -betrieb.

Netzausbau und Netzentgelte seien laut Wirtschaftsminister **Reinhard Meyer** die Kernpunkte. Der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien müsse „synchron“ zum Netzausbau erfolgen. Nicht nur der Energietransport zum Abnehmer, sondern auch zu den Speicherorten sei notwendig. Der zweite Punkt sei das „Akzeptanzthema“. Wenn MV viel erneuerbare Energie vorhalte, aber die höchsten Stromkosten habe, schwinde die Akzeptanz für die Energiewende und Industrieansiedlungen würden verhindert.

Die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für den Netzausbau könne auf Landesebene gelöst werden. Eine Umwälzung der regionalen Netzentgelte hingegen bedürfe des Bundes. Sollte das Bundeswirtschaftsministerium nicht reagieren, würden MV, Schleswig-Holstein, Brandenburg und Sachsen-Anhalt eine Bundesratsinitiative anregen.

Die Intention der CDU, Investitionen der Vergangenheit anzurechnen, sah der Minister skeptisch, „denn das haben wir in der Vergangenheit versäumt“.

Petra Federau (AfD) stimmte der Feststellung im Antragstext zu, dass die „Ungleichheiten zwischen den Bundesländern bei den Verteilnetz-Kosten“ einen „Webfehler“ darstellten. Allerdings halte



Foto: nordreport

Die in Mecklenburg-Vorpommern produzierte regenerative Energie muss dorthin gelangen wo sie benötigt wird.

die AfD die ganze Energiewende für einen „Webfehler“. Im Antrag von SPD und DIE LINKE fehle, dass die „Nutznießer und Kostentreiber“ der hohen Netzentgelte mit zur Verantwortung gezogen werden müssten. Denn diese würden auch durch die „gewerblichen Wind- und Sonnenmüller“ verursacht. Sie hätten keinen gesetzlichen Versorgungsauftrag, seien aber gleichzeitig der Kostentreiber für die Ungleichheit im Verteilernetz, schlussfolgerte die Abgeordnete. Eine Entlastung der Bürger gebe es nur durch eine „vernunftbasierte Energiepolitik“. Gerechtigkeit erfordere einen Kostenbeitrag der Betreiber von erneuerbaren Energieanlagen. „Ohne diesen können wir den Antrag nur ablehnen.“

Der Antrag ziele in die richtige Richtung, stellte **Daniel Peters** (CDU) fest und fügte hinzu: „Er ist aber auch nichts Neues.“ In den letzten beiden Legislaturen sei das Thema schon intensiv diskutiert worden. Trotzdem bleibe es wichtig, weil die Kostendimension zunehme. Die CDU unterstütze, dass „der Netzausbau eine zwingende Voraussetzung dafür ist, dass die Energiewende gelingt“. Dabei spielten die Genehmigungsprozesse eine Rolle. „Hier ist dringender Handlungsbedarf erforderlich“, so Daniel Peters, denn ein Windpark sei in

Netzausbau MV



Die Karte zeigt alle Netzausbau-Vorhaben im Übertragungsnetz, die im Bundesbedarfsplan oder im Energieleitungsausbaugesetz enthalten sind. Leitungsprojekte im Verteilernetz (in der Regel 110 Kilovolt) sind nicht dargestellt.

Quelle: Bundesnetzagentur / Karte: Uwe Sinnecker

zwei bis drei Jahren genehmigt, eine 110 kV-Leitung hingegen in acht bis zwölf. Er warb für den Änderungsantrag seiner Fraktion, der die Berücksichtigung der schon geleisteten Investitionen in den Netzausbau bei der Bundes-Neuregelung forderte. Die Menschen im Land sollten „nicht doppelt zur Kasse gebeten werden“. Falle der Änderungsantrag durch, enthalte sich die Fraktion beim Hauptantrag.

Angesichts der „schreienden Ungerechtigkeit im System der Netzentgelte“ habe seine Partei immer wieder Verbesserungen gefordert, stellte **Daniel Seifert** (DIE LINKE) klar.

Der Weg zu gerechten Netzentgelten „kann nur ein echter Systemwechsel sein, eine grundlegende Neugestaltung der Netzentgeltsystematik“. Das Ziel sei, die Strompreise für die Menschen in MV fair zu gestalten.

Stunden Windräder still, weil die Netzkapazitäten nicht ausreichen und „die Kosten dafür den Verbrauchern und Verbraucherinnen aufgebürdet werden“, Sorge das für Akzeptanzprobleme,

besonders in ländlichen Raum. „Die hohen Preise sind ein echter Wettbewerbsnachteil bei der Ansiedlung von Unternehmen.“

Der Änderungsantrag der CDU zum Ausgleich der Ungerechtigkeit der Vergangenheit könne die jetzige Situation verkomplizieren. Darum lehne DIE LINKE diese Initiative ab.

Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erinnerte die Regierungskoalition an den von seiner Fraktion vor drei Monaten eingebrachten Antrag zur Vereinheitlichung des Netzentgelts. Das sei abgelehnt worden. Nun fänden sich diese Vorschläge im Antrag von SPD und DIE LINKE wieder, ohne Neues zu präsentieren. „Überall in der Republik sind die Netzentgelte in dünn besiedelten ländlichen Räumen deutlich über dem Durchschnitt“, hob der Abgeordnete hervor. Somit bringe der „undifferenzierte Änderungsantrag der CDU“ nicht viel, denn „ein Großteil des Unterschieds in den Netzentgelten ist historisch gewachsen“.

Netzausbau MV

- ● ● ● ● noch nicht im Genehmigungsverfahren
- ● ● ● ● im Raumordnungs- oder Bundesfachplanungsverfahren
- ● ● ● ● im oder vor dem Planfeststellungs- oder Anzeigeverfahren
- ● ● ● ● genehmigt bzw. im Bau
- ● ● ● ● fertiggestellt

Mehr Personal in den Planfeststellungsbehörden sei zu begrüßen. Auch dem Auftrag an die Landesregierung, sich im Bund für einheitliche Netzentgelte einzusetzen, hätte die Koalition schon eher zustimmen können. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimme dem Koalitionsantrag zu, wünschte sich aber, in Zukunft solche Initiativen gemeinsam anzuschließen.

Die angesprochenen Punkte seien korrekt. „Wir sind dabei!“, versicherte **Sandy van Baal** (FDP) für ihre Fraktion. Auch könne man nicht oft genug wiederholen: „Es kann nicht sein, dass die Regionen, die am meisten erneuerbare Energien produzieren, auch noch die höchsten Netzentgelte bezahlen.“ Hierzu habe aber schon im September Einigkeit bestanden, erinnerte die Abgeordnete an den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Leider sei das von der Regierungskoalition abgelehnt worden. Jetzt vermisse die FDP konkrete Vorschläge. Zum Beispiel könne die Integration von Speichern in den Netzausbau erwähnt werden oder „Verbrauch dort, wo der Strom erzeugt wird“ oder die Verteilung der EU-bedingten Verteilernetzausbaukosten, Kompensation der Verteilernetz-Betreiber für den Stromtransport oder die Strompreisezone. Der Änderungsantrag der CDU sei „nicht perfekt“, aber „ein konkreter Vorschlag“. Darum stimme die FDP zu.

Falko Beitz (SPD) stellte am Ende der Debatte Einigkeit zum Thema mehr Gerechtigkeit bei den Netzentgelten fest. Diese seien ein „von harten Wirtschaftsinteressen geleiteter Nord-Süd-Konflikt“. Der Süden setzt in dieser Frage klar auf Rendite, allerdings zu Lasten des Nordens.“ Hier sei der Bund in der Pflicht, zum Beispiel mit zwei Strompreiszonen Nord und Süd. Den CDU-Änderungsantrag für die Anrechnung historischer Kosten halte die Koalition für nicht realisierbar.

Antrag SPD, DIE LINKE

Drucksache 8/1582

hierzu

Änderungsantrag der CDU

Drucksache 8/1634

Beschluss:

Annahme des Antrages

Ablehnung des Änderungsantrages

Guter Lohn für gute Arbeit

Durch Justierung von „Stellschrauben“ will MV den Lohnkeller der Republik hinter sich lassen

■ **Eine Neuausrichtung der Landeswirtschaftsförderung ab 2023 soll nach dem Willen der Regierungskoalition das Lohngefälle zwischen MV und anderen Regionen besser ausbalancieren. Hierfür wollen SPD und DIE LINKE über fünf „Stellschrauben“ die Bedingungen für gute Arbeit anpassen. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) können Unternehmen mit Tarifbindung oder fairen Lohnentgelten einen fünf Prozent höheren Fördersatz erhalten. Sind Unternehmen in Forschung und Entwicklung besonders aktiv oder unterstützen Nachhaltigkeit und Vereinbarkeit von Beruf und Familie, kann zur Basisförderung ein Zuschlag von 2,5 Prozent bewilligt werden. Darüber hinaus werden Tariftreue und attraktive Löhne mehr Gewicht bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen nach dem Landesvergabegesetz erhalten. Die dritte „Stellschraube“ ist die Weiterentwicklung der Industriestrategie, die vierte die verbesserte Kontrolle der Einhaltung des Mindestlohns und eine weitere die Fortführung der mobilen Beratungsstelle CORRECT! für ausländische Beschäftigte.**

Die Regierungskoalition, so **Henning Foerster** (DIE LINKE), beabsichtige, die Tarifbindung als Schwerpunkt-Kriterium bei Wirtschaftsförderung und öffentlicher Auftragsvergabe anzuwenden. „Es muss daher künftig gelten: gutes Steuergeld nur noch für gute Arbeit“, verdeutlichte der Abgeordnete. Weiter sei in MV der Industrieanteil mit seinem hohen Wertschöpfungspotenzial zu niedrig, „um daraus für die Zukunft eine Wohlstandssichernde und nachhaltige Perspektive des Landes zu gewährleisten“. Darum erfolge „die industriepolitische Ausrichtung unter Berücksichtigung der gestiegenen globalen Herausforderungen“ wie der Digitalisierung, Dekarbonisierung und den demographischen Veränderungen. Un-

zufrieden zeigte sich **Henning Foerster** mit der Kontrolle und Durchsetzung des gesetzlichen Mindestlohns. Aufgrund von Personalmangel bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit des Zolls wurden im ersten Halbjahr 2022 nur 748 von 57.343 Betrieben im Land geprüft.

Für Wirtschaftsminister **Reinhard Meyer** (SPD) gehe der Antrag „in die richtige Richtung“. Die Zeiten, in denen das Land mit günstigen Löhnen geworben habe, seien angesichts des Arbeits- und Fachkräftemangels vorbei. Selbst der Mindestlohn sei nach seiner Auffassung nicht zukunftsfähig. Leistungsstarke Unternehmen wüssten, dass Fachkräfte nur mit gutem Lohn zu haben seien. Für den Staat müsse ebenfalls gelten: wo mit Steuergeld gezahlt werde, brauche es Tarifbindung. „Deswegen ist es auch konsequent, dass wir ein Tariftreue- und Vergabegesetz für Mecklenburg-Vorpommern vorlegen“, kündigte der Minister für Anfang 2023 an. Bei der Umsetzung der Industriestrategie setze er hohe Erwartungen in den neu berufenen Industriebeauftragten und Koordinator für die maritime Wirtschaft, **Jochen Schulte**. Der Minister plädierte auch für den Erhalt der Beratungsstelle CORRECT! Nicht nur, dass MV auf Zuwanderung angewiesen sei, Flüchtlinge und Zugewanderte seien die schwächsten Personen auf dem Arbeitsmarkt und bräuchten gezielt Beratung.

Der Antrag an sich sei zu begrüßen, stellte **Thomas de Jesus Fernandes** (AfD) fest. Allerdings: „Wer gute Arbeit fördern will, der muss mit einem guten Beispiel vorangehen.“ Er kritisierte, dass die AWO alles, wo kein Mindestlohn gezahlt würde und wo keine Tarifverträge gelten würden, ausgegliedert habe. Diesbezüglich wären auch bei der SPD Media Holding Korrekturen angebracht. Unklar war für die AfD auch: „Wie geht man eigentlich mit EU-weiten Ausschreibungen um?“ Wie könne man sich dabei an die Vergaberichtlinie halten und wie stehe es dann mit der Tariftreue? Als weiteren „Wermutstropfen“ machte der Abgeordnete aus, dass zwar häufig Mindestlohn gezahlt würde, sich aber die Arbeitszeit bei gleichem Pensum verkürze. Das möge die Koalition bitte im Blick behalten. Dem Antrag stimme die AfD nicht zu.

Die CDU habe eine andere Sichtweise, wie man zu guten Löhnen komme, rea-

gierte **Wolfgang Waldmüller** (CDU) auf den Vorschlag von SPD und DIE LINKE. Einseitige politische Eingriffe in die Wirtschaft gehörten nicht dazu.

In erster Linie könne eine „Entwicklung von Löhnen und Gehältern nur mit der Wirtschaft funktionieren ... nicht gegen die Wirtschaft“. Der Fokus der Koalitionsfraktionen auf die Sozialverbände und der Ausschluss der Kammern aus der Umsetzung des Industriekonzeptes sei für die CDU nicht annehmbar. Mit diesem „dirigistischen Vorgehen“ drücke die Koalition eine „mangelnde Wertschätzung gegenüber unserer Wirtschaft und unseren Unternehmen“ aus. Unberührt bliebe „die Kernfrage der Fachkräftesicherung“. Die CDU warte noch immer „auf das lang angekündigte Fachkräfte-Sicherungskonzept“. Insgesamt sei der Antrag nicht das Papier wert, auf dem er stehe und finde nicht die Zustimmung der CDU.

Die Diskreditierung des Antrages sei unangebracht, richtete **Christian Winter** (SDP) an seinen Vorredner. Die Koalitionsfraktion und insbesondere die Landesregierung stünden im kontinuierlichen Austausch mit den Kammern. Der Abgeordnete erinnerte daran, dass in den Jahren nach der Wende die Wirtschaftsförderung mit der Niedriglohnpolitik Arbeitsplätze ins Land geholt hätte. Seit 1991 habe sich das nominale Bruttoinlandsprodukt in MV verdreifacht. Dennoch sei die Erinnerung vieler Menschen durch „die individuelle Erfahrung von Existenzangst und Verlust“ geprägt. Die „materielle Lebensgrundlage und Sicherheit sind Grundvoraussetzungen für das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen“ gab Christian Winter zu bedenken. In diesem Sinne „optimierten“ nun qualitative Förderkriterien die wirtschaftspolitischen Instrumente. Löhne und Arbeitsbedingungen würden so zum „Königskriterium“

der Wirtschaftsförderung und bildeten die Grundlage für eine starke Gesellschaft.

Für **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) handelte es sich um einen sogenannten „Rückenwindantrag“, der Vorhaben des Koalitionsvertrages „mit einer gehörigen Wucht in die Landesregierung trägt“. Mit Blick auf die Einkommensverhältnisse in MV und der berechtigten Befürchtung, dass der Mindestlohn umgangen wird, sei der Antrag „grundsätzlich richtig und ausdrücklich zu begrüßen“. Darum unterstütze ihre Fraktion eine bessere Personalausstattung beim Zoll und der CORRECTI-Beratung. Auch die „Stellschraube“ über das Landesvergabe-gesetz, wo „bei der öffentlichen Vergabe nur noch die Unternehmen zum Zug kommen sollen, die tarifgebunden sind oder tarifgleiche Löhne zahlen“, sei „ein sinnvolles Vorgehen“. Dem Antrag stimme ihre Fraktion zu, bat aber darum, „nicht auf halber Strecke stehen [zu] bleiben“ und „unbedingt auch nachhaltigkeits- und umweltbezogene Kriterien“ zu verankern. Denn „die Zukunft unseres Landes sind nachhaltige Wirtschaftsstrukturen mit gut bezahlten Arbeitsplätzen“.

Die Einhaltung von Tarifverträgen sei für große Unternehmen eine Selbstverständlichkeit, argumentierte **Sabine Enseleit** (FDP). Obwohl die Lohnlücke real sei, werde sie sich nicht schließen, „wenn die Koalition das Land schlecht redet“. Fraglich sei, wie Kapital nach MV geholt werden solle. Weder in der Industriestrategie noch im Antrag finde sie dazu Anhaltspunkte. Eine Strategie „steht und fällt mit den Unternehmen“, die hier investierten. Sozialpartner allein reichten nicht. Da brauche es ein paar bessere Argumente, richtete sie an SPD und DIE LINKE. Die „Innovationsfähigkeit und technologische Wettbewerbsfähigkeit [zu] stärken“, sei ein entscheidender Faktor, stimmte die Abgeordnete zu. Dazu passe aber nicht die aktuelle Kürzung bei den Hochschulen und somit in der Forschung. Beim Landesvergabe-gesetz wäre es ratsam, Bürokratie abzubauen. Damit kämpften vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen. Letztlich war die FDP weder von der Effektivität der CORRECTI-Beratungsstelle noch vom Antrag als Ganzes überzeugt.

Henning Foerster (DIE LINKE) konkretisierte nach der Debatte, was die Koalition unter „guter Arbeit“ verstehe. Dazu gehörten belastungsarme und entwicklungsfördernde Arbeitsbedingungen sowie ein angemessenes und leistungsgerechtes Einkommen. Das könne mit dem Bewegen verschiedener „Stellschrauben“ erreicht werden. Trotz unterschiedlicher Ansichten zum richtigen Weg, stellte er eine fraktionsübergreifende Einigkeit fest, „dass es hier nicht eine einzelne Maßnahme gibt, die uns dabei hilft, nicht mehr der Lohnkeller der Republik zu sein“.

Antrag DIE LINKE, SPD

Drucksache 8/1580

Beschluss:

Annahme des Antrages

Rettung per Hubschrauber

Wie kann die Luftrettung alle Landesteile bestmöglich abdecken?

■ Im Land gibt es mit Güstrow, Neustrelitz und Greifswald drei Standorte der Luftrettung. Medienberichten zufolge beabsichtigt das Sozialministerium die Verlegung der Güstrower Luftrettungsinfrastruktur samt Helikopter „Christoph 34“ nach Westmecklenburg. Dieses Vorhaben alarmierte die CDU, da die örtlichen Träger nicht in solche Überlegungen einbezogen worden waren. Darum erwirkte die CDU mit einem Antrag Aufklärung um die Aktivitäten und Pläne des Sozialministeriums. Konkret ging es der Fraktion um einen Erhalt aller drei Stützpunkte der Luftrettung an den jetzigen Standorten. Unter Einbindung der AG Luftrettung, dem Landesbeirat Rettungsdienst und den Trägern der Rettungsdienste sollte ein Gutachten ermitteln, ob es einen Bedarf für einen vierten Luftrettungsstandort in Westmecklenburg gibt.

Trotz zweimaliger Berichterstattung der Ministerin im Sozialausschuss blieben für **Katy Hoffmeister** (CDU) viele Fragen ungeklärt. Wo und von wem und warum eigentlich wurde diese Diskussion um den Luftrettungsstandort Güstrow

Info

Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" - GRW

Die GRW wurde 1969 als Bundesförderinstrument zur Unterstützung strukturschwacher Regionen vor allem für Beschäftigung und zum Ausgleich von Standortnachteilen bei Investitionen eingeführt.

gestartet? Der Abgeordnete war dieses Vorgehen, das für große Unsicherheit bei den beteiligten Trägern und bei der Bevölkerung vor Ort Sorge, „völlig unverständlich“. Die Argumentation der Ministerin, dass alle 10 Jahre eine Überplanung der landesweiten Luftrettung stattfände, greife zu kurz. Dann wäre das 2026 wieder der Fall, schlussfolgerte Katy Hoffmeister. Für ihre Fraktion sei klar, „dass der Luftrettungsstandort Güstrow gemeinsam mit den anderen Standorten im Land erhalten bleiben muss. Er leistet herausragende Arbeit.“ Sollte es eine Versorgungslücke in Westmecklenburg geben, dann könne man diesen Bedarf durch ein Gutachten ermitteln. Und das wolle die CDU nun anschieben.

Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD) vergewisserte dem Parlament, dass ihr Ministerium bei der Überplanung der Luftrettung im Land erst „am Anfang eines Prozesses“ stehe, der gesetzlich vorgeschrieben sei und bei dem die Sach- und Fachkompetenz verschiedener Akteure und Beteiligter einbezogen würde. Diese Aufgabe müsse bis 2026 erledigt sein. Sollte es Veränderungen geben, bedürfe es Kündigungen und Ausschreibungen und darum müsse jetzt gehandelt werden, verdeutlichte die Ministerin und wies die Kritik der CDU zurück. Fakt bliebe, dass es Aufgabe des Landes sei, „für eine flächendeckende Versorgung“ mit Rettungshubschraubern zu sorgen. Das Problem bestünde darin, dass Westmecklenburg nicht ausreichend durch landeseigene Hubschrauber versorgt sei. Ebenfalls sei es „unsere Aufgabe, den Status quo alle 10 Jahre zu hinterfragen“, stellte Stefanie Drese klar und ergänzte: „Eine politische Entscheidung fällt erst auf Grundlage der fachlichen Vorarbeiten.“

Der Fraktionsvorsitzende **Nikolaus Kramer** (AfD) dankte den Luftrettern für ihren täglichen Einsatz. Für seine Begriffe habe Sozialministerin Stefanie Drese nicht zur Aufklärung beigetragen oder sich zu den im CDU-Antrag aufgelisteten Forderungen geäußert. Vor allem kritisierte der Abgeordnete, dass die Ministerin nicht auf den Vorschlag eingehe, alle Beteiligten in die Erarbeitung des Gutachtens zu involvieren. Stattdessen würde vorgebracht, man müsse „abwarten“ und ein Gutachten sei „nicht effizient“, zeigte sich Nikolaus Kramer unzufrieden. Er schloss seine knappen



Foto: nordreport

Christoph 34 ist der Funkrufname des in Güstrow stationierten Rettungshubschraubers.

Ausführungen mit der Erklärung: „Ich habe der Einbringungsrede von Frau Hoffmeister nicht viel hinzuzufügen. Alles andere wäre redundant. Meine Fraktion stimmt diesem Antrag zu.“

Torsten Koplín (DIE LINKE) verurteilte, dass ein „sensibles Thema“ so „janusköpfig“ behandelt würde. Er erkenne bei der CDU eine vorgeschobene „Besorgnis“ und das Vorschlagen von untauglichen Lösungen. Der Antrag blende aus, dass es schon eine Antwort gebe. In einer kleinen Anfrage sei beschieden worden, „dass Güstrow nicht zur Disposition steht“. Auf die Zwischenfrage von Katy Hofmeister, ob der Standort Güstrow denn bliebe, entgegnete Torsten Koplín, dass Güstrow „akut [...] nicht in Frage gestellt“ sei. Die gegenwärtige Laufzeit gelte. Und man prüfe in Intervallen von 10 Jahren, wie es weitergehe. Das sei nicht ungewöhnlich. Diese Umstände zu einem „Skandal [...] aufzubauen“ halte er für „fahrlässig“. Seine Fraktion werde den Antrag ablehnen. „Alle anderen Argumente werden wir sicherlich noch im Ausschuss zu behandeln haben“, schloss er seinen Redebeitrag.

Dr. Harald Terpe (Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wollte das Parlament mit Nachdruck davon überzeugen, den Antrag noch einmal im Ausschuss zu behandeln. Dort gebe es Gelegenheit zu klären, „wann dieses Gutachten vielleicht sinnvoll ist und mit welcher Zielstellung“. Denn die Frage, „was nämlich mit der Versorgung von Westmecklenburg passieren muss“,

habe auch schon vor 10 Jahren existiert. Es sei im westlichen Landesteil eine Unterversorgung in der Abdeckung mit Rettungshubschrauber erkennbar. Dies solle am besten vor 2026 geklärt werden. Der Abgeordnete gab zu bedenken, dass der Neustrelitzer Hubschrauber mit halbem Radius auch Brandenburg unterstütze. Darum regte Dr. Terpe Überlegungen an, ob eine Brandenburger oder Schleswig-Holsteiner Unterstützung Westmecklenburg geografisch abdecken oder mitversorgen könne.

Die Wichtigkeit der Luftrettung sei für einen landesweiten Gesundheitsschutz völlig unstrittig, betonte **Barbara Becker-Hornickel** (FDP). Ebenso unstrittig sei die Aufgabe des Landes, eine möglichst gleichgewichtige Versorgung im gesamten Gebiet zu gewährleisten. Dem wolle der Antrag der CDU gerecht werden. Die Anzahl der Hubschrauber-einsätze hätten sich in den vergangenen Jahren mehr als verdoppelt. Dies spreche dafür, „über das Anliegen der CDU ernsthaft nachzudenken“, schlug die Abgeordnete vor. Gerade in einem Flächenland wie MV, wo die Erstversorgung nicht überall auf bestem Niveau sei, helfe die Luftrettung, Überlebenschancen zu gewähren. „Die Menschen wohnen, erkranken oder verletzen sich an entlegenen Orten“, und jeder, der auf Hilfe angewiesen sei, sollte diese erhalten können, „auch per Luftrettung“ appellierte die Abgeordnete an ihre Kollegen. Sie hielt die Mühe und Kosten für ein Gutachten wert, „um perspektivisch Menschenleben zu retten“.

Die FDP stimme dem Antrag und der Überweisung in den Ausschuss zu.

Die Menschen im Land, stellte **Christine Klingohr** (SPD) fest, sollen sich auf eine „schnelle, zuverlässige und flächendeckende Notfallrettung [...] verlassen können“ – egal ob per Luft oder am Boden. Sie habe den Eindruck, „dass die Diskussion an manchen Stellen deutlich aufgeregter geführt wurde als angemessen“. Scheinbar sei in den Hintergrund getreten, dass die Überlegungen des Sozialministeriums dem Zweck der Verbesserung der Notfallrettung in unserem Land dienen. „Es gibt also wirklich überhaupt keinen Grund für alarmierende Aufgeregtheit. Eher im Gegenteil.“ Der Koalitionsfraktion sei wichtig, „dass der Rettungshubschrauber Christoph 34 möglichst sinnvoll für eine gute Luftrettung eingesetzt wird. Die Frage nach dem Standort sollte hinter dieser Priorität zurücktreten.“ Christine Klingohr versicherte, dass sich ihre Fraktion dem Thema absolut nicht verschließen. Zum jetzigen Zeitpunkt wolle man „mehr Expertise haben“ und dann die Diskussion wieder auf „die Tagesordnung holen, gerne dann auch im Sozialausschuss. Deshalb lehnen wir beide Anträge für heute ab.“

Katy Hoffmeister (CDU) dankte für die Ausführungen der Ministerin, die einen Erkenntnisgewinn gebracht und verdeutlicht hätten, dass Luftrettung etwas anderes sei als Flüge zur Intensivverlegung oder Verlegungsflüge generell. Der Antrag ihrer Fraktion beziehe sich auf das Segment Luftrettung. Deshalb gebe es keine fachliche Notwendigkeit mehr für ein Gutachten. Es sei nun geklärt, dass die Ministerin eine fachliche Entscheidungsebene einbeziehe und die Entscheidung noch ausstehe. Für eine weitere Erörterung befürwortete Katy Hoffmeister eine Überweisung in den Sozialausschuss.

Antrag CDU, Drucksache 8/1577

Beschluss:

Ablehnung der Überweisung

Ablehnung des Antrags

Bundesförderung für die Wärmewende

Bund bietet Kommunen finanzielle Unterstützung für klimafreundliches Heizen

■ **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN forderte in ihrem Antrag die Landesregierung auf, Gemeinden in MV auf das Bundesförderprogramm „Kommunale Wärmeplanung“ und die „Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW)“ aufmerksam zu machen und bei der Bearbeitung und Erstellung von Förderanträgen zu unterstützen. Auch Wärmenetzbetreiber sollten auf die BEW hingewiesen und eine Beteiligung empfohlen werden. Die „Kommunale Wärmeplanung“ zielt auf die Umstellung von fossilen auf erneuerbare Heizenergien. Dazu wird bis zum 31. Dezember 2023 eine Förderquote von 90 Prozent, beziehungsweise von 100 Prozent für finanzschwache Kommunen, vorgehalten. Danach sinken die Quoten jeweils auf 60 und 80 Prozent. Mittels „Kommunaler Wärmeplanung“ werde der Wärmebedarf einer Kommune ermittelt und darauf basierend eine Energie- und Treibhausbilanz erstellt. Anhand dieser Daten können Energieeinsparungen und die Umstellung auf erneuerbare Brennstoffe herausgearbeitet werden. Die BEW sei mit einem Fördervolumen von drei Milliarden Euro untermauert, argumentierte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Antragstext. Bis 2030 können Kommunen Zuschüsse erhalten, wenn sie ein Nahwärmenetz mit erneuerbaren Heizquellen errichten oder bestehende Fernwärmenetze auf erneuerbare Energien und Abwärme umrüsten.**

„Die Wärmewende ist die Herausforderung der Energiewende“ eröffnete **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) die Antragseinbringung. „Die Hälfte unserer energiebedingten Emissionen stammt aus dem Wärmebereich“, denn 80 Prozent der Gebäude würden mit Öl oder Gas beheizt, illustrierte der Abgeordnete die Situation. Das Bundesprogramm für die kommunale Wärmeplanung helfe, einzelne Interessen in eine Strategie zur Umstellung auf klimaneutrale Wärmeversorgung zu integrieren. Hannes Damm rechne ab Ende 2023

mit einer Verpflichtung zur kommunalen Wärmeplanung für Städte ab 20.000 Einwohner. Darum sollten kleine Gemeinden jetzt zur freiwilligen Wärmeplanung motiviert werden. Gleiches gelte für die BEW, die auf die technische Umsetzung emissionsfreier Netze abziele. Er könne sich vorstellen, dass die LEKA (die Landesenergie- und Klimaschutzagentur Mecklenburg-Vorpommern GmbH) dies mit zusätzlichem Personal begleiten könne. „Am Ende ist aber entscheidend, dass das Geld vom Bund auf irgendeine Art und Weise nach Mecklenburg-Vorpommern kommt“, warb der Politiker.

Zweifelsohne bedürfe es der Wärmewende, um die Klimaziele zu erreichen, bestätigte Wirtschaftsminister **Reinhard Meyer** (SPD). Deswegen sei es „richtig und wichtig“, dass der Bund hier mit einer Bundesförderung zum Thema Wärmeplanung die Kommunen anspreche. Die Kommunen seien tatsächlich entscheidend. Der Minister gab zu: „Beim Thema Wärmewende, das ist richtig, steht Deutschland ganz am Anfang.“ Er verwies auf Dänemark, wo dies seit den 1970er-Jahren verfolgt werde. Schon jetzt könnten sich die Kommunen vom „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK)“ auf Bundesebene beraten lassen. Er schlug zusätzlich vor, gemeinsam mit dem Umweltministerium, dem Innenministerium und den kommunalen Spitzenverbänden zu erörtern, „ob wir eine zusätzliche Beratung auf Landesebene brauchen“ und „wie wir möglichst viele Mittel aus diesem Bundesprogramm bekommen“. Hierzu könne auch die LEKA mit einbezogen werden.

Daniel Peters (CDU) wollte, dass intensiver überlegt werde, „wie wir die hier produzierten erneuerbaren Energien auch einsetzen. Und da ist das Thema Sektorenkopplung ein ganz, ganz wichtiger Punkt“. Der Abgeordnete begrüßte die Bundesprogramme, besonders die 100-prozentige Förderung für finanzschwache Kommunen. Beim BEW „ha-

ben wir Förderquoten von nur 40 Prozent“. Das Programm lege sogar fest, dass hier nicht mit Landesmitteln ergänzt werden könne. Daniel Peters regte an, diese Problematik in Berlin noch mal aufzugreifen, da 40 Prozent nicht ausreichen, um eine entsprechende Inanspruchnahme hinzubekommen. Seine Fraktion unterstütze ebenso „eine stärkere Werbetour zu fahren“ und die Kommunen zu ermuntern, tätig zu werden. Am Ende enthielt sich die CDU in der Abstimmung.

Daniel Seiffert (DIE LINKE) bestätigte dem Antragsteller, dass er „auf eine wichtige Grundlage der notwendigen Wärmewende aufmerksam“ mache und „natürlich haben wir als Koalitionsfraktion dieses wichtige Thema im Blick“. DIE LINKE begrüße „ausdrücklich“ die Förderinhalte. Neben den finanziellen Möglichkeiten fehle besonders in kleinen Gemeinden das Wissen und die Kraft für solche strategisch wichtigen Aufgaben, wie die kommunale Wärmeplanung. Eine Förderung über fachkundige, externe Dienstleister eröffne neue Möglichkeiten. Daniel Seiffert regte die Einführung von Kommunalbeauftragten an, „die sich um Klimaschutz, Klimafolgenanpassung sowie um Energie, Umwelt und Nachhaltigkeitsfragen“ kümmern. Bislang sei das die Ausnahme. Allerdings „vorschreiben und ersetzen durch Landesstrukturen funktioniert nicht“. Er dankte für die Debatte zum Thema, aber dem Antrag könne seine Fraktion nicht zustimmen.

„Wenn es schon Förderprogramme durch den Bund gibt“, stand für **Sandy van Baal** (FDP) fest, dann „sollten wir in Mecklenburg-Vorpommern davon auch profitieren“. Die FDP begrüße und unterstütze es, dass Gemeinden auf diese Förderprogramme aufmerksam gemacht würden. „Marketingtechnisch muss es dann noch ein bisschen vernünftig angefasst werden“, schlug die Abgeordnete vor. Die FDP wolle aber verhindern, dass mit einem neuen Förderprogramm eine Personalaufstockung einhergehe oder zusätzliche Referate eingerichtet würden. Aus dem Antrag sei nicht ersichtlich, dass LEKA-Personal Beratungsaufgaben übernehmen solle. Dieser Vorschlag nun in der Antragsbegründung sei „ein guter Ansatz“, bedürfe aber noch einer Konkretisierung, was auch einen Einfluss auf das Abstimmungsverhalten der FDP habe. Denn eigentlich sollten

die Kommunen in der Lage sein, einen Förderantrag zu stellen.

Das Anliegen höre sich gut an, befand **Martina Tegtmeier** (SPD). Allerdings sei im Redebeitrag anders argumentiert worden als im Antragstext ausgeführt. Konkret verwies die Abgeordnete auf die Personalaufstockung beim LEKA. „Das ging aus ihrem Antrag ja überhaupt gar nicht hervor.“ Dafür brauche es einen Änderungsantrag, „damit man immer noch weiß, was man hier beschließt“. Der andere Widerspruch liege darin, dass Pionierleistungen die gemeinsame Infrastruktur unwirtschaftlich werden lassen könnten. Gleichzeitig sollen aber kleine Gemeinde besonders bedacht werden. Martina Tegtmeier erinnerte an die im Jahr 2008 beschlossene Klimaschutzinitiative und Kommunalrichtlinie zur Beförderung des Klimaschutzes. In einer späteren Evaluation sei klargestellt worden, dass die Kommunen nicht über ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen verfügten, um den Klimaschutz voranzubringen. Es sei daher unbedingt erforderlich, Klimaschutzförderung über die Kommunalrichtlinie fortzusetzen.

Die AfD hatte nicht an der Debatte teilgenommen, stimmte aber gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen gegen den Antrag.

Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bemühte sich in der abschließenden Erwiderung um Auflösung der Widersprüche. Große und kleine Kommunen seien sehr unterschiedlich ausgestattet, wobei kleine Kommunen kein Personal für Zusatzaufgaben hätten. Hinsichtlich der Einzellösungen: die brauche es auch. Netze lohnen sich nur, wenn es genug Abnehmer gebe. Besitzer von Einzelinstallationen seien nicht mehr am Nahwärmenetz interessiert. Und dann lohne sich auch das Kleinnetz nicht mehr. Hannes Damm kritisierte die Strategie der Koalitionsfraktion, Oppositionsanträge ohne sachlich-fachliche Begründung abzulehnen, sondern einzig aus dem Grund, weil sie von der Opposition stammten. Die vorgeschlagenen Personalstellen für die LEKA sollen per Haushaltsantrag geschaffen werden. Heute ginge es nur darum, ob man die Stellen wolle. Ob das umgesetzt werde, „ist eine andere Frage“.

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/1584

Beschluss:

Ablehnung des Antrages

Lockerung der Corona-Maßnahmen

Masken- und Isolationspflicht den neuen Gegebenheiten anpassen

■ Die Coronapandemie scheint am Abklingen zu sein. Die Erkrankungen verlaufen weniger schwer. Einige Bundesländer haben bereits bestimmte Maßnahmen abgesetzt. AfD, CDU und FDP strebten mit ihren inhaltlich ähnlichen Anträgen die Abschaffung der Isolationspflicht und die Stärkung der Eigenverantwortung der Bürger an. AfD und CDU machten einen Übergang von der pandemischen Lage in die endemische aus. Der AfD-Antrag befürwortete daher die ersatzlose Streichung von Masken- und Isolationspflicht, während die FDP die Pflicht durch Empfehlung ersetzen wollte. Allein die CDU plädierte für die Beibehaltung von zusätzlichen Schutzmaßnahmen als Kompensation des Wegfalls der Isolationspflicht. Da die Koalitionsfraktion der Argumentation der Opposition nicht folgen wollte, wurden alle drei Anträge abgelehnt.

Thomas de Jesus Fernandes (AfD) zeigte sich „hoherfreut“ über die drei Drucksachen und hoffte auf Zustimmung. Die Pandemie habe einen endemischen Charakter angenommen. Nach seiner Kenntnis forderten Pflegeheime seit Wochen das Beenden der Isolations- und Maskenpflicht. Dieser Schritt sei „überfällig“. Die Bevölkerung sei lange mit „Schreckensszenarien eingeschüchtert worden“. So dürfe man keine Politik machen. Denn man müsse „wissenschaftlich begründet seine Regelungen anpassen“. Anfangs sei das Tragen der Maske ernst genommen worden, doch das habe nachgelassen. Andere Bundesländer hätten nun die Maskenpflicht abgeschafft, dem solle MV folgen. Im Vergleich zu den anderen Anträgen hielt Thomas de Jesus Fernandes

den AfD-Vorschlag für „deutlich präziser“. Aber die grundsätzliche Einigkeit gebe die Chance, „über die Fraktionsbänke hinweg“ ein Zeichen zu setzen.

Katy Hoffmeister (CDU) war bewusst, dass es Gründe für oder gegen die Isolationspflicht gebe. Für die CDU überwiegen die Argumente zur Aufhebung. Dazu gehörten das stabile Niveau von Neuinfektionen, der „deutliche“ Rückgang bei der 7-Tage-Inzidenz der Hospitalisierung als auch der ITS-Auslastung im Land. Ein milderer Krankheitsverlauf, angepasste Impfstoffe und die 90-prozentige Basisimmunität in der Bevölkerung sprächen ebenfalls dafür, ergänzte die Abgeordnete. In anderen Ländern funktioniere das bereits. Dafür griffen begleitende Schutzmaßnahmen: FFP2-Maske, Betretungsverbote für medizinische und pflegerische Einrichtungen sowie der Grundsatz: „Wer sich krank fühlt, bleibt zu Hause!“ Neben der Stärkung der Eigenverantwortung der Bürger sehe sich die CDU in der Pflicht, „verfassungsgemäß zu handeln“, also „die Verhältnismäßigkeit bei Grundrechtseingriffen stets zu überprüfen“.

Corona sei nicht weg, stellte der Fraktionsvorsitzende **René Domke** (FDP) heraus, aber die Krankheit sei heute viel besser einschätzbar und alltäglicher. Außerdem, so beobachtete er, gingen wir, „eigenverantwortlicher miteinander um“. Darum sei es angebracht, Corona wie andere Krankheiten zu handhaben und die Corona-Landesverordnung vom Krisen- zum Normalmodus zu überführen. „Einschränkende Maßnahmen des Staates [...] müssen verhältnismäßig sein“, gab der Abgeordnete zu bedenken. Isolations- und Maskenpflicht in einer Endemie seien dies nicht. Mit „selbstbestimmtem Handeln“ und gleichzeitigem angemessenen Gesundheitsschutz können die Bürger ihren Alltag „zurückgewinnen“. Denn die Einsicht zur Vorbeugung beruhe auf „eigener Überzeugung“. Vorgaben durch Verordnung stünden hier nach Ansicht von René Domke eher im Weg. „Damit muss Schluss sein.“ Darum sei die FDP für eine Masken-Empfehlung statt einer Pflicht.

Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD) verwies auf die deutliche Zunahme der Covid-Erkrankungen beim Personal der Universitätsmedizin Rostock. Dazu kämen steigende Fälle von Influenza und anderen Atemwegserkrankungen. „Wol-

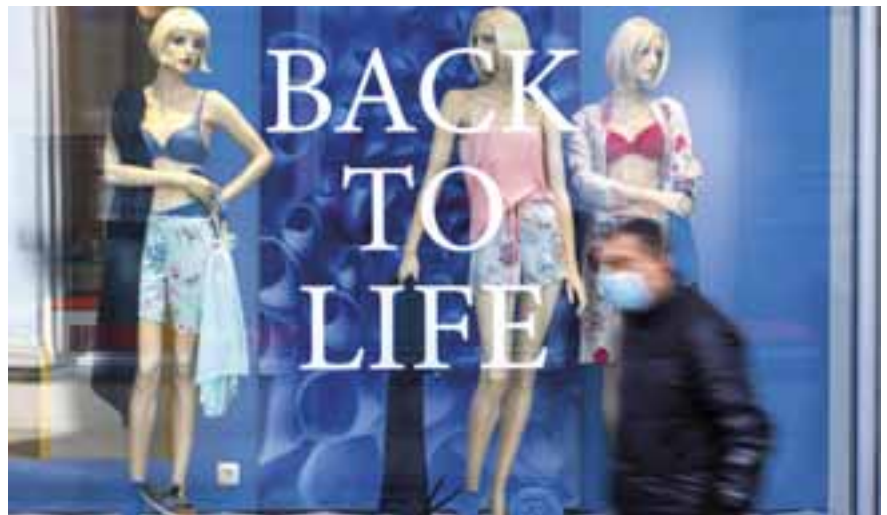


Foto: nordreport

Der Wegfall der Corona-Maßnahmen wird vom Einzelhandel in Schwerin begrüßt. Im Dezember diskutierte der Landtag unter anderem weitere Lockerungen wie die Aufhebung oder Anpassung der Isolationspflicht.

len Sie wirklich in dieser Situation die letzten Schutzmaßnahmen aufheben?“, fragte die Ministerin. Sie verstehe „die Ungeduld für vollständige Lockerungen“, appelliere aber „dringend“ diese symbolischen Lockerungen nicht im Winter und nicht zu Beginn der von Experten „seit Langem vorhergesagten Winterwelle vorzunehmen“. Maske und Isolationspflicht seien „einfache Mittel mit großer Wirkung“. Eine Abkehr von den Basisschutzmaßnahmen halte sie für verfrüht. „Also bleiben wir bitte vernünftig“, bat sie. Auch zur Aufhebung der Isolationspflicht habe die Ministerin „eine klare Position“. Sie sei „falsch“. Gerade jetzt, wo sich fast alles im Innenbereich abspiele, bleibe es wichtig, den Kontakt zwischen infizierten und nicht infizierten Personen zu beschränken.

Fraktionsvorsitzender **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hielt die Anträge für ein falsches Signal zur falschen Zeiten. So auch jetzt. Da dürfen wir nicht sorglos werden. Dem Abgeordneten gefiel gut der Ansatz zu Selbstbestimmung und Selbstverantwortung im FDP-Antrag. Es seien die Diskussionen um die Verordnungen gewesen, die am Anfang der Pandemie motiviert hätten, bessere Informationen zu finden. „Wenn wir wirklich im endemischen Stadium sind“, können die Isolationspflicht und die Maskenpflicht aufgehoben werden. „Zum jetzigen Zeitpunkt ist das wirklich der falsche Weg“.

Torsten Koplin (DIE LINKE) fand einen Hinweis zur aktuellen Lage bei der Weltgesundheitsorganisation. Sie sehe noch nicht das Ende der Pandemie. Denn „ob

wir die endemische Lage erreicht haben, wird sich endgültig erst nach dem Winter beantworten lassen“, wandte der Abgeordnete ein. Er verwies auf Umfragen, wonach sich 69 Prozent der Befragten für die Isolationspflicht aussprachen. Wenn die Opposition von Eigenverantwortung spreche, bezöge sich das gewiss auf die Arbeitswelt: „Infektiöse Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit nur leichten Symptomen sollen die Freiheit haben, weiterhin zur Arbeit zu gehen.“ Doch wie stehe es dann mit dem Schutz der Kollegen, wollte Torsten Koplin wissen. Er zweifle, dass „ein Wegfall der Isolationspflicht zu mehr Freiheit“ führe. Seine Fraktion lehne den Antrag ab.

Christine Klingohr (SPD) stimmte zu, dass die Verhältnismäßigkeit der Isolationspflicht ein „ernst zu nehmendes Argument“ darstelle und es gut sei, „die Isolationsregelung immer wieder aufs Neue zu diskutieren und zu hinterfragen.“ Alle wollten zurück zur Normalität. Dennoch müsse weiter versucht werden, neue Ansteckungen zu vermeiden und eine Überlastung der Krankenhäuser zu verhindern. Die Abgeordnete begrüßte die Absicht der CDU, die Eigenverantwortung zu stärken: „Wer jedoch die Verantwortung an den Einzelnen abgibt, der tut dies, weil er sie selbst nicht mehr tragen möchte.“ Würde die Isolationspflicht aufgehoben, werde die Entscheidung, ab wann man nicht mehr zur Arbeit gehen könne, auf jede einzelne Person abgewälzt. Dies sei erst in einer endemischen Lage sinnvoll. Darum lehne die SPD diese drei Anträge ab.

Thomas de Jesus Fernandes (AfD) stellte klar, dass seine Fraktion auf Eigenverantwortung setze, weil die Leute das selber wollen und „weil wir zurück zur Normalität müssen“. Auch wolle die AfD die Masken nicht verbieten. Das sei „total absurd“, denn „jeder kann die Maske tragen, wenn er möchte“. Die AfD möchte aber keinen Zwang, denn „mit Angst macht man keine Politik“. Wir müssen mit dem Virus leben, ohne die Grundrechte einzuschränken.

Katy Hoffmeister (CDU) verwies auf die Verpflichtung der Politik, und zwar die der Landesregierung sowie der Abgeordneten. Es ginge hier um einen Eingriff in die Grundrechte und das hieße, „wir müssen uns fragen, [...] ist dieser Eingriff noch verhältnismäßig – ja oder nein?“ Allein das könne „der Maßstab sein“. Natürlich werde dabei die Entwicklung der aktuellen und zukünftigen Situation beachtet. Darum lehne die CDU die AfD-Forderung ab, die Isolationspflicht ohne Schutzmaßnahmen aufzuheben. Das halte sie für „völlig untragbar“.

„Genau das ist es“, pflichtete der Fraktionsvorsitzende **René Domke** (FDP) bei. „Wir reden hier über Grundrechtseinschränkungen und die müssen jeden Tag neu bewertet werden.“ Die Landesregierung wolle die Einschränkungen aber „verstetigen“ und argumentiere dabei „mit dem Schutz der Bevölkerung“. Warum wollen wir nicht die Eigenverantwortung stärken, wollte der Abgeordnete wissen. „Hier geht es aber um Recht und Gesetz, hier geht es um Freiheitseingriffe“, und genau darum ginge es der FDP mit ihrem Appell an die Eigenverantwortung.

Dem AfD-Antrag stimmte nur die AfD zu. Beim CDU- und FDP-Antrag enthielt sich die AfD, während die CDU und FDP für diese beiden Anträge votierten. SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnten auch diese beiden Anträge ab.

a) Antrag AfD, Drucksache 8/1570

in Verbindung mit:

b) Antrag CDU, Drucksache 8/1583

in Verbindung mit:

c) Antrag FDP, Drucksache 8/1563

Beschluss:

Ablehnung aller drei Anträge

Childhood-Haus Schwerin

Finanzierung für das einzigartige Kinder- und Jugend-Schutzhaus bleibt gesichert

■ **Das Childhood-Haus Schwerin ist das Erste seiner Art im Land und beruht auf dem Konzept der internationalen Stiftung „World Childhood Foundation“. In der Einrichtung geht es um die behutsame und empathische Betreuung, Versorgung und Begleitung von Kindern und Jugendlichen, die Opfer körperlicher, sexualisierter Gewalt wurden oder diese miterlebten. Die Anlaufstelle vereint behördenübergreifende und multiprofessionelle Ansätze, um sowohl polizeiliche und richterliche Videovernehmungen als auch medizinisch notwendige Untersuchungen in einem geschützten Raum durchführen zu können. Die Vernehmung soll die Kinder so wenig wie möglich belasten, aber trotzdem zu gerichtsfesten Befunden und Dokumentationen führen. Geschultes Personal informiert über die Verfahrensweise, rechtliche Unterstützung oder psychosoziale Prozessbegleitung. In Schwerin wurden in der kurzen Zeit seit Gründung im April 2022 bereits mehr als 70 Minderjährige aus der Landeshauptstadt und Umgebung betreut.**

Die bisherige Finanzierung durch die Stadt Schwerin und die Childhood Foundation ist bis Juni 2023 gewährleistet. In Sorge um den Erhalt des Childhood-Hauses forderte die AfD die Landesregierung auf, Möglichkeiten einer dauerhaften Finanzierung durch das Land zu prüfen.

Traumatische Erlebnisse durch Kindesmissbrauch blieben lebenslang, mahnte **Petra Federau** (AfD), während die Täter nach einigen Jahren wieder auf freiem Fuß seien.

„Bis vor Kurzem musste ein Kind, welches hier und in den umliegenden Landkreisen Opfer von sexueller und körperlicher Gewalt wurde, zum Zweck der forensischen Untersuchung auf den Friedhof in Schwerin, da sich dort in der

Trauerhalle die Rechtsmedizin befindet“, erklärte die Abgeordnete ihren Kollegen. Im Childhood-Haus mit seiner kindgerechten und geschützten Umgebung stehe das schwer traumatisierte Kind im Mittelpunkt der Bemühungen. Petra Federau zeigte sich „entsetzt“ über die hohe Zahl von Fällen seit April.

Die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Einrichtung stehe nicht zur Disposition. Allerdings „bedarf es jetzt dringend einer Zusage zur Kofinanzierung durch das Land, um die wegweisende und professionelle Hilfe für missbrauchte Kinder zu sichern und genau dieses soll unser heutiger Antrag voranbringen“, hob die Politikerin hervor.

„Kinder und Jugendliche haben einen Anspruch auf ein gesundes und sicheres Aufwachsen. Die Durchsetzung ihrer Rechte gehört zu den zentralen Aufgaben von Politik und Gesellschaft“, stellte Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD) klar. Dies gelte „erst recht und insbesondere für diejenigen, die unserer besonderen Unterstützung bedürfen: Kinder und Jugendliche, die körperliche und sexualisierte Gewalt erlebt haben.“ Die Ministerin äußerte sich beeindruckt von der Arbeit im Childhood-Haus. Darum freue sie sich, mitteilen zu können, dass „die Deckung der Gesamtkosten in Höhe von rund 230.000 Euro jährlich beziehungsweise 115.000 Euro für das zweite Halbjahr 2023 durch die Landesregierung, die Landeshauptstadt Schwerin sowie die Landkreise Nordwestmecklenburg und Ludwigslust-Parchim vorgesehen“ sei. Die Details werden mit den Landkreisen noch geklärt. Somit seien die im Antrag der AfD enthaltenen Forderungen erfüllt.

Für **Harry Glawe** (CDU) sei das Childhood-Haus ein Muster dafür, wie eine gute Betreuung und ein professionelles Team minderjährigen Missbrauchsopfern eine Chance gebe, das Erlebte unter Wahrung der Privatsphäre zu verarbeiten. Es verdeutliche auch, wie die Gesellschaft mit diesen Themen umgehe. Der Abgeordnete sei sich „ganz sicher gewesen“, dass die Sozialministerin hier eine Lösung präsentieren würde. Andererseits wolle er Überlegungen anregen, wie man diese Missstände hinsichtlich sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche auch belangen könne und wie man Heranwachsende vor der Vernehmung schütze „oder vor Dingen, die in der Öffentlichkeit nichts zu suchen

haben“. Harry Glawe richtete an die AfD, dass die Antragseinbringung „sicherlich hilfreich“ gewesen sei, aber entscheidend wäre, dass eine gemeinsame Lösung aller Beteiligten auf dem Tisch liege.

Es sei unstrittig, so **Christian Albrecht** (DIE LINKE), dass das Childhood-Haus „absolut erhaltens- und unterstützenswert“ sei. Ein Besuch des Hauses habe ihn „sehr bewegt. Der Umstand jedoch, dass wir solche Angebote brauchen, stimme traurig. Die nun bestätigte Finanzierung sei „eine sehr freudige Kunde“. Damit wäre „sachlich-fachlich zum Antrag erst mal alles gesagt“. Der Antrag stelle einen Prüfauftrag dar und mit dieser konkreten Lösung sei dem voll entsprochen worden. Der Abgeordnete knüpfte an: „Entsprechend lehnen wir den Antrag dann auch ab, da bereits abgearbeitet.“ Christian Albrecht kritisierte die AfD dafür, sich mit diesem Antrag „zum Champion der Einrichtung“ aufzuschwingen, dabei wäre die AfD noch nie vor Ort gewesen. Er empfehle, sich vor Antragsstellung ein „politisches Mandat“ einzuholen, damit sich die Einrichtung nicht vereinnahmt fühle.

Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) würdigte den Ansatz des Childhood-Hauses als „etwas ganz Besonderes“. Hier sei deutlich, dass die Behörden „und die einzelnen Puzzleteile der Aufarbeitung“ bei der Aufklärung des Kindesmissbrauchs „so zusammenarbeiten, dass das Kind, das Kindeswohl im Mittelpunkt der Ermittlung steht“. Das Strafrecht erfordere eine detaillierte Schilderung des Strafverlaufes, so dass Kinder oft durch die Befragung abermals traumatisiert würden. Dies bliebe ihnen im Childhood-Haus erspart. Die Abgeordnete hoffe, dass aus dieser interdisziplinären Arbeit Lehren für andere Bereiche gezogen würden. In Anbetracht der Dunkelziffer „dürfen wir nicht bei diesem einen Childhood-Haus stehen bleiben“. In Sachen Kinderschutz seien „noch viele andere Schritte“ zu gehen. Es fehle noch ein Kinderschutzbeauftragter und „wir haben Kinderrechte noch nicht in der Landesverfassung vollständig verankert“.

Es sei fast alles gesagt worden, resümierte **Barbara Becker-Hornickel** (FDP). „Ich denke, wir sind uns alle einig, dass unseren Kindern ganz besonderer Schutz zu gewähren ist und im Besonderen bei Missbrauch.“ Im Interesse der Kinder

müsse bei solchen Straftaten „wirklich alles sauber aufgeklärt werden“, um „entsprechend mit den Tätern verfahren zu können“. Der AfD-Antrag sei in ihren Augen durchaus „ein ehrenwerter Antrag“, bestätigte die Abgeordnete. Sie selbst hätte die gleichen Forderungen an die Ministerin gehabt, wie im Antrag verlangt. Zusätzlich wolle sie sich der Vordrönerin anschließen: „Was machen wir mit dem östlichen Landesteil?“ Es sei ihre „dringende Bitte“, dort Möglichkeiten für ein Childhood-Haus zu finden. Sie freue sich über die gesicherte Finanzierung in Schwerin, „und es bedarf des Antrags der AfD nicht mehr“.

„Das Childhood-Haus in Schwerin ist eine Einrichtung, die es eigentlich gar nicht geben sollte“, hob **Mandy Pfeifer** (SPD) hervor, „und gleichzeitig ist das Childhood-Haus in Schwerin ein Leuchtturm im Kinderschutz“. Sie habe die Eindrücke von einem Besuch vor Ort tagelang verarbeiten müssen, „weil es so schrecklich ist, dass es so ein Haus geben muss, mit all dem, was dazugehört“. Würden durch die Arbeit der Einrichtung Täter überführt und verurteilt, sei das „der größte Schutz, den wir an dieser Stelle den Kindern angeeignet lassen können“. Es sei gut, das Childhood-Haus mehr ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken. Es sei auch folgerichtig, dass sich das Land beteiligt, da die Arbeit von Landespolizei und Gerichten „deutlich unterstützt wird“. „Den Antrag der AfD-Fraktion braucht es nicht, deswegen lehnen wir ihn ab.“

Mit emotionalen Worten dankte **Petra Federau** (AfD) dafür, „dass unser Antrag genau die Wirkung erreicht hat, die wir beabsichtigt hatten“. Sie habe vom Schweriner Sozialdezernenten die Auskunft erhalten, dass es bisher keinerlei Zusagen gab. „Das hat sich mit diesem Antrag, mit dem heutigen Tage geändert. Und deswegen bin ich froh über die meisten Aussagen, die getätigt wurden.“ Sie verwehre sich gegen die „verächtlich machende, menschenverachtende Art“, mit der Christian Albrecht (DIE LINKE) mit Personen umgehe. Sie habe persönliche Gründe, warum sie das Childhood-Haus noch nicht besucht habe. „Mehr gibt es dazu nicht zu sagen.“

Antrag AfD, Drucksache 8/1573

*Beschluss:
Ablehnung des Antrages*

Annahme des Nachtrag- haushalts 2023

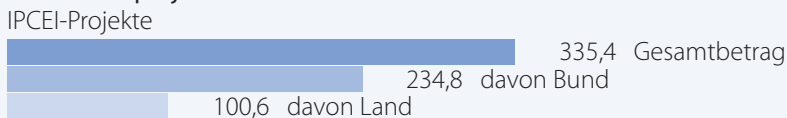
Konstruktive Beratungen in
einem engen Zeitrahmen

■ Bereits während der ersten Lesung des Doppelhaushalts 2022/2023 in der Dringlichkeitssitzung am 25. April 2022 mahnte der FDP-Fraktionsvorsitzende René Domke: „Angesichts der vielen unabwägbaren Kosten, ist ein Doppelhaushalt, nach meiner Meinung eigentlich gar nicht vertretbar. Wir wissen jetzt schon, dass wir uns auf Nachtragshaushalte von vornherein vorbereiten müssen.“ Am 9. November 2022 wurde dann in dem gemeinsamen interfraktionellen Antrag (Drucksache 8/1524) von SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP die Einrichtung eines Energiefonds angeregt, um in Härtefällen die Entlastungsmaßnahmen des Bundes zu unterstützen und in erneuerbare Energie zu investieren. Der Text enthielt die Forderung, „schnellstmöglich den Entwurf eines Nachtragshaushalts zur Umsetzung des Energiefonds einzubringen“ und diesen im Landtag „kurzfristig und sehr zügig zu beraten“. Bereits am 15. November 2022 beantragte die Landesregierung eine Sondersitzung des Landtages für den 24. November 2022. Auf dieser Dringlichkeitssitzung wurde nach erster Lesung der von der Landesregierung vorgelegten Entwürfe eines „Nachtragshaushaltsgesetzes 2023“ und „Haushaltsgesetzes zum Nachtragshaushaltsgesetz 2023“ samt Zahlenwerk zum Nachtrag zum Haushaltsplan 2023 an den federführenden Finanzausschuss sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss, Wirtschaftsausschuss, Bildungsausschuss, Wissenschafts- und Europaausschuss, Sozialausschuss überwiesen.

Ursprünglich war angedacht, die Beratung zum Haushalt innerhalb von drei Tagen abzuarbeiten. Die erste Lesung sollte demnach am 7. Dezember 2022 mit einer anschließenden Ausschusssitzung erfolgen und die zweite Lesung am 9. Dezember 2022. Es gab andere

Zukunftsinvestitionen/Transformation in Mio. Euro

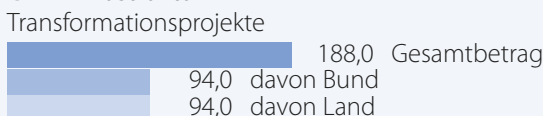
Wasserstoffprojekte



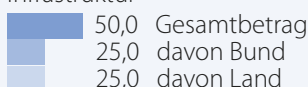
Mehrbedarf IPCEI-Projekte



GRW Infrastruktur



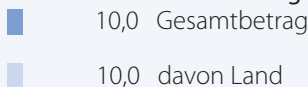
Infrastruktur



Aufstockung Infrastrukturpauschale Kommunen



Photovoltaik - Balkonanlagen



Summe



Legende

IPCEI: Important Project of Common European Interest (Förderprojekte der Europäischen Kommission)

GRW: Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur

Quelle: Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses Drucksache: 8/1644

Vorschläge zur Verfahrensweise. Die CDU hatte stets ein ausführliches Verfahren mit Anhörung befürwortet. Schlussendlich gab es eine Einigung unter den Obleuten, den Nachtragshaushalt am 1. Dezember 2022 in den Ausschüssen zu beraten sowie zu einer öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses am 2. Dezember 2022 Experten von 11 Institutionen aus dem sozialen, wirtschaftlichen und kommunalen Bereich einzuladen.

Am 7. Dezember 2022 fanden sich der Finanzausschuss, Innenausschuss, Bildungsausschuss, Wirtschaftsausschuss, Wissenschafts- und Europaausschuss sowie Sozialausschusses zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen.

Mit diesen Vorbereitungen konnte die zweite Lesung des Nachtragshaushalts 2023 für die 41. Sitzung des Landtages

am 9. Dezember 2022 auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Vor dem Beginn der Lesung hatte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine halbstündige Auszeit beantragt, um den gemeinsam mit SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP kurzfristig eingebrachten Änderungsantrag 8/1677 zum Gesetzentwurf der Landesregierung zu beraten. Nach etwas mehr als zwei Stunden Unterbrechung konnte die Sitzung fortgesetzt werden.

In der Debatte fasste **Tilo Gundlack** (SPD) die Ergebnisse der Ausschussberatung zusammen und erklärte die rasche Vorgehensweise zur Beratung des Nachtragshaushalts. Der Grund für den Nachtragshaushalt liege in der Forderung nach Einrichtung eines Energiefonds und Härtefallfonds, wie im Ge-

meinschaftsantrag von SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 9. November 2022 formuliert. Mit den beiden Fonds werde auf Energiekrise, Inflation und Krieg reagiert. Er hoffe, dieser Nachtragshaushalt werde Härten abfedern können.

Tilo Gundlack berief sich auf die Präsidentin des Landesrechnungshofes MV, Dr. Martina Johannsen. Sie habe in der Anhörung im Finanzausschuss den Nachtragshaushalt als ausgewogen und maßvoll empfunden. Mit ihm werde hinreichend Vorsorge getroffen. Tilo Gundlack bat um Zustimmung zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses.

Härtefallfonds MV			
Härtefallfonds MV in Mio. Euro	Gesamtbetrag	davon Bund	davon Land
Stadtwerke (für Bürgerinnen und Bürger)	5,0		5,0
Unternehmen (Materialeinkosten/Lieferkette)	10,0		10,0
Kleine und mittlere Unternehmen (Kofinanzierung Härtefallfonds Bund)	40,0	20,0	20,0
Kindertagesstätten	5,0		5,0
Schulen	10,0		10,0
Hochschulen	5,0		5,0
Soziales, Kultur, Sport	10,0		10,0
Katastrophenschutz	5,0		5,0
Weitere Maßnahmen (davon bis zu 1 Mio. Euro für Kommunilatation)	30,0		30,0
Summe	120,0	20,0	100,0

Quelle: Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses Drucksache: 8/1644

Der Nachtragshaushalt mit Energiefonds und Härtefallfonds werde vor allem die Menschen in unserem Land unterstützen, verdeutlichte Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD).

Der Energiefond baut auf den Ergebnissen des Energiegipfels, des Kommunalgipfels, den Verabredungen zwischen Bund und Ländern als auch dem Antrag von SPD, DIE LINKE, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf. Der Härtefallfonds von 100 Millionen Euro sei „dynamisch“, was bedeute, „sollte der Härtefallfonds nicht reichen, sollten wir weitere Bedarfe haben, werden wir hier gemeinsam nachsteuern müssen“. Für den Energiefonds von 1,1 Milliarden Euro stelle das Land eine halbe Milliarde Euro zur Verfügung, die anderen 600 Millionen kämen vom Bund.

Es sei „zweifelloso notwendig“, so **Enrico Schult** (AfD), dass der Härtefallfonds des Landes Lücken bei den Maßnahmen des Bundes schließen solle. Seine Fraktion sei der Ansicht, dass das Ausmaß der Verwerfung im Energie-Sektor noch gar nicht absehbar sei. Darum plädiere sie dafür, den Härtefallfonds auf 150 Millionen Euro anzuheben.

Unklar sei für ihn, wie die Auszahlung der Hilfen schnell und unbürokratisch vonstattengehen solle. „Das liegt noch völlig im Unklaren.“ Die Menschen bräuchten „verlässliche Antworten“. Kritikwürdig sei auch „der fehlende Wille der Landesregierung, mit diesem Nachtragshaushalt substanzielle Minderaus-

gaben auszuweisen“ und Einsparungen vorzunehmen. Die AfD lehne die zusätzlichen Ausgaben für den Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft ab. Das sei Aufgabe des Bundes.

Auch **Marc Reinhardt** (CDU) war nicht überzeugt, dass der Härtefallfonds ausreichend ausgestattet sei. Es sei sinnvoller, auf die Vorschläge der CDU einzugehen, denn dann habe dieser Fonds „mehr Reichweite und auch ein größeres Volumen“. Die CDU-Änderungsanträge beinhalten eine Erhöhung des Härtefallfonds auf 130 Millionen Euro, mehr Gelder für kleine und mittelständische Unternehmen, Schulen, Kitas, den Landessportbund, die Feuerwehren und Zuschüsse für Haushalte, die mit Kohle, Pellets, Öl, Flüssiggas heizen. Die CDU halte den Gemeinschaftsantrag von SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP trotz gegenteiliger Rückmeldung für einen Entschließungsantrag, der dann für die Zustimmung eine Zweidrittelmehrheit brauche. Die CDU wolle das wahrscheinlich gerichtlich überprüfen lassen.

Torsten Koplin (DIE LINKE) bat um Verständnis für die Verfahrensweise, denn „ungewöhnliche Zeiten erfordern ungewöhnliche Maßnahmen“. Er versicherte, dass alles, was auf dem Tisch liege, rechtlich korrekt sei, der Geschäftsordnung und den Regularien des Hauses entspreche. Mit dem Nachtragshaushalt begegne die Landesregierung

„robust und wirksam“ dem Krisenwinter. In einer höchst „unkalkulierbaren Situation geben wir [eine] Garantieerklärung ab“. Er betonte: jede Kita, jede Schule, die Berufsschulen, die Universitäten haben die Garantie, dass in dieser schwierigen Situation ihr Betrieb gesichert sei, „komme, was wolle“. Zur Ehrlichkeit gegenüber der Bevölkerung gehöre aber dazu: Dieser Nachtragshaushalt werde Wichtiges bewirken, aber könne nicht alles lösen.

Dr. Harald Terpe (Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) begrüßte, dass der Entwurf des Nachtragshaushalts auf dem gemeinsamen Antrag von SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP beruhe. Der Nachtragshaushalt sei nicht nur für die konjunkturelle Entwicklung, sondern auch für die Energiesicherheit und die notwendige Bezahlbarkeit von Energie richtig. Richtig sei, Investitionsimpulse zu setzen, um sich mittel- und langfristig von fossilen Energieträgern unabhängig zu machen. Auch Dr. Terpe sei sich nicht sicher, ob der Härtefallfonds ausreichen werde. Aber nun müsse zunächst geschaut werden, wie weit man damit komme. Dieser Nachtragshaushalt sei in der Tat einem „Parforceritt“ durch die Ausschüsse gleichgekommen, auch von parlamentarischer Seite. Seine Fraktion sei mit dem Ergebnis zufrieden.

Entlastungsmaßnahmen

Härtefallfonds MV in Mio. Euro	Gesamtbetrag	davon Bund	davon Land
Wohngeldreform	135,2	61,2	74,0
„Deutschlandticket“	50,0	25,0	25,0
Summe	185,2	86,2	99,0

Quelle: Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses Drucksache: 8/1644

René Domke (Fraktionsvorsitzender FDP) empfand die Beratungen zum Nachtragshaushalt als einen „Ritt durch die Ausschüsse“. Obendrein musste noch ein „bunter Stapel verschlafener Gesetzentwürfe“ abgearbeitet werden. Dies alles sei kein „geordnetes Verfahren und als Haushaltsgesetzgeber stelle ich mir das auch ein bisschen anders vor in Zukunft“. Er habe den Eindruck, dass der neue Landtag von Anbeginn gar nicht aus dem Krisenmodus herausgekommen sei. Nur aufgrund dieses Krisenmodus haben sich alle Fraktionen darauf verständigt, das Verfahren so zu durchlaufen. Er hoffe, es sei gelungen, trotz Krise, „gründlich, ausgewogen und durchdacht“ zu entscheiden.

Wir befinden uns vor allem in einer Regierungskrise, stellte **Nikolaus Kramer** (AfD) fest, da diese Krisen durch Regierungshandeln verursacht worden seien. Das Verfahren zum Nachtragshaushalt sei zu kritisieren, richtete er an die Koalition. Dennoch sei ihm bewusst, dass auch „gewählte Parlamentarier“ Überstunden machen müssten, wenn es die Situation erfordere. Der Abgeordnete kritisierte ebenfalls, dass ein AfD-Antrag zu den Tafeln im März „unisono“ abgelehnt wurde. Nun finde er sich im Nachtragshaushalt wieder. Ein Grund zur Freude, dass dort endlich was passiert. Aber es sei „sinnbildlich für diese Regierungskrise, in der wir uns befinden [...] dass wir überhaupt Tafeln nötig haben in diesem Land“

Am Ende einer fast 25 Minuten langen Abstimmung wurden der Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Nachtragshaushaltsgesetz 2023 und der Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushalt des Haushaltsjahres 2023 sowie das Zahlenwerk zum Nachtrag zum Haushaltsplan 2023 angenommen.

Die zeitliche Abfolge

Beginn 2. Quartal 2022:

Entwurf Doppelhaushalt 2022-2023

25. April 2022:

Erste Lesung Doppelhaushalt 2022-2023 per Dringlichkeitssitzung (21. Sitzung des Landtages)

30. Juni 2022:

Zweite Lesung und Annahme des Doppelhaushaltes 2022-2023 während der 27. Sitzung des Landtages

9. November 2022:

Einbringung und Annahme des gemeinsamen interfraktionellen Antrages (Drucksache 8/1524) von SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP in die 35. Sitzung des Landtages in Verbindung mit der Regierungserklärung zum Thema "Aktuelle Situa-

tion der Energieversorgung" – Forderung eines Nachtragshaushalts 2023

15. November 2022:

Landesregierung beantragt eine Sondersitzung zur ersten Lesung des Nachtragshaushalts 2023. Vorschlag: 24. November 2022

24. November 2022:

38. Sitzung des Landtages als Dringlichkeitssitzung zur ersten Lesung des Nachtragshaushalts 2023 – Überweisung in die Ausschüsse

1. Dezember 2022:

Sitzungen von Innenausschuss, Bildungsausschuss, Wirtschaftsausschuss, Wissenschafts- und Europausschuss sowie des Finanzausschusses zur Beratung des Entwurfs zum Nachtragshaushalt 2023

2. Dezember 2022:

öffentliche Anhörung des Finanzausschusses (29. Sitzung des Finanzausschusses)

7. Dezember 2022:

gemeinsame Sitzung von Finanzausschuss, Innenausschuss, Bildungsausschuss, Wirtschaftsausschuss, Wissenschafts- und Europausschuss sowie Sozialausschusses zum Nachtragshaushalt

9. Dezember 2022:

Zweite Lesung des Nachtragshaushalts 2023 (41. Sitzung des Landtages) – Annahme des Nachtragshaushalts 2023

Kunst als Inklusionsprojekt

Zugang für Menschen mit Behinderung zum Bundesprogramm für inklusive Kunstpraxis „pik“

■ Für Menschen mit Behinderung oder besonderen Bedarfen ist die selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und am Arbeitsmarkt von großer Wichtigkeit. Fortschritt gibt es beim barrierefreien Zugang zu Gebäuden oder bei der Einbeziehung behinderter Menschen in den Sport. Im Bereich der Kunst hingegen, plädierte die FDP, brauche es mehr Bereitschaft, um die Arbeitssituation von Künstlerinnen und Künstlern mit Behinderung zu verbessern. Das könne durch die Förderung des kreativen Potenzials von Menschen mit Behinderung in künstlerischen oder kunstnahen Arbeitsfeldern erreicht werden. Darum bat die FDP um Unterstützung des Landes bei Bewerbungen behinderter Menschen aus MV für das Programm für inklusive Kunstpraxis „pik“ der Kulturstiftung des Bundes.

Als passionierte Förderin der Kunst sei es **Barbara Becker-Hornickel** (FDP) daran gelegen, „zwei besondere Dinge, die zusammengehören“, zu verbinden: nämlich Menschen mit Behinderung und die Kunst. Dem diene das mit Bundesmitteln geförderte Programm inklusive Kunstpraxis pik. Dort würden Menschen mit Behinderung auf allen drei Ebenen des kulturellen, sozialen und ökonomischen Lebens per Mentoring für die inklusive Teilhabe „fit gemacht“. Obendrein würden Kultureinrichtungen befähigt, „künstlerisches Personal mit Behinderungen einzustellen“. Dies sei eine „vielversprechende Chance“ für Künstlerinnen und Künstler mit Behinderung. Hierfür könne die Bewerbung von Menschen aus MV „mit geeigneten Stützmaßnahmen“ unternommen werden, damit mindestens eine Person pro Jahr am pik-Programm teilnehmen möge. Im Land bereits etablierte Soloselbstständige sollten über Interessenverbände mit Informationen über das pik-Mentoring-Programm versorgt werden.

Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD) freute sich, dass die FDP das Thema Förderung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung anspreche. Dies sei „auch ein wichtiges Anliegen der Landesregierung“. Es stimme, dass Kunst für die Inklusion seltener betrachtet werde. Dabei entfalteteten sich „im künstlerischen Schaffen ganz individuelle Stärken“. Die Teilnahme von Menschen mit Behinderung aus MV am pik-Programm sei „wünschenswert“. Die Ministerin gab zu bedenken, dass durch das Jury-Auswahl-Verfahren der Bewerber keine externe Einflussnahme möglich sei. Zudem ziele die Stiftung darauf ab, „die Organisation von unten zu fördern, also Menschen und Institutionen zu fördern, die sich eigenständig auf freiwilliger Basis einbringen wollen“. Teilnehmer „von oben [zu] platzieren, widerspricht diesem Ansatz“. Was für jeden – auch die Landesregierung – machbar sei, wäre, die relevanten Akteure auf dieses Programm hinzuweisen.

Thomas de Jesus Fernandez (AfD) begrüßte das von der FDP angesprochene Thema und das persönliche Engagement von Barbara Becker-Hornickel. Ihrem Antrag könne die AfD aber nicht entsprechen, denn er beziehe sich auf eine sehr spezielle Förderung für einen kleinen Personenkreis. In MV lebten über 200.000 Menschen mit Einschränkungen. Die AfD finde es nicht überzeugend, sich dann ein oder zwei Leute „herauszupicken“. „Ich finde, da kann man mehr machen“, erachtete der Abgeordnete. Er befürworte eine „vernünftige Umsetzung“ des Bundesteilhabegesetzes und des Landesausführungsgesetzes. Diese dienten der staatlich abgesicherten Förderung jeder einzelnen Person „von unten“. Auch die entsprechende Finanzierung der Kommunen käme dem Anliegen zunutze. Thomas de Jesus Fernandez verwies zudem auf das Servicecenter Kultur MV als Anlaufstelle und fügte hinzu, dass die Unterstützung von Behindertenvereinen durch Spenden eine weitere gute Möglichkeit des Engagements sei.

Wolfgang Waldmüller (CDU) zollte seiner FDP-Kollegin „großen Respekt“ für das Engagement für Behinderte. Er hege dennoch Zweifel, ob dieser Antrag „effektiv und zielführend“ sei. Das Land solle „einen höheren Anspruch haben“ als lediglich eine Person pro Jahr zu fördern oder mit Landesmitteln geeignete Stützmaßnahmen im Auswahlprozess zu begleiten. „Was sind denn jetzt geeignete Maßnahmen?“, fragte der Abgeordnete nach. Generell müsse man alle Menschen mit besonderen Bedürfnissen im Auge behalten – mehr als 200.000 allein in MV. Da hielte es der Abgeordnete für sinnvoller, entweder in ein unterstützendes Förderprogramm zu investieren oder die Vorhaben des Landes mit Blick auf pik aufzuwerten. Man könne auch mit einem oder mehreren anderen Bundesländern eine Kofinanzierung im Bund anstreben oder zusammen das Programm unterstützen, damit der Personenkreis erweitert würde.

Es freute **Steffi Pulz-Debler** (DIE LINKE), dass sich die FDP mittels Kunst und Kultur „für die Belange von Menschen mit Beeinträchtigung einsetzt“, um „die Vielfalt in unserer Gesellschaft abzubilden“. Sie stellte fest, „in dem Thema sind wir uns einig“. Problematisch würde es im Detail, so wie „im konkreten Fall“. Die Abgeordnete bemängelte, dass es für das Mentoring-Modul im pik-Programm kein Entsende-Verfahren und keinen Länderschlüssel gebe. Die Kulturstiftung und Kulturförderberatung im Land wiesen bereits auf Förderprogramme des Bundes hin. Ferner gebe es das Servicecenter Kultur sowie die Fachstelle Kulturelle Bildung MV, die mit ihrem KuBi-Fonds inklusive und integrative Projekte im ländlichen Raum fördere. Den konkreten Mehrwert des insgesamt positiven Anliegens sehe die Abgeordnete in der erzielten Aufmerksamkeit für die Förderprogramme. „Aber deshalb können wir diesem Antrag trotzdem nicht zustimmen.“

„Kunst und Kultur sind für alle da. Für Menschen mit und ohne Behinderung“, führte **Anne Shepley** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) aus. Doch „barrierefreie Kultur“ sei mehr als barrierefreier Zugang zu Kultureinrichtungen. „Es geht darum, wie wir mit und ohne Behinderung Kunst und Kultur gemeinsam gestalten können“, verdeutlichte die Abgeordnete. Das Förderprogramm pik könne Menschen mit Behinderung „mitten rein in eine Kulturszene“ holen, die „von Vielfalt lebt“. Anne Shepley dankte der FDP für den Antrag, denn „die erste Hürde besteht darin, überhaupt an dem Programm teilzunehmen“. Ihre Fraktion unterstütze „vollumfänglich“ die Absicht „Barrieren abzubauen und Menschen mit Behinderung darüber zu informieren, dass es diese Möglichkeiten gibt, sie dann gezielt bei der Antragstellung zu unterstützen und auch das Teilhabemanagement in Mecklenburg-Vorpommern auszubauen“.

Beatrix Hegenkötter (SPD) begrüßte das pik-Programm der Bundesregierung. Allerdings seien weder die Auswahl-Prozedur noch die Zugangsbedingungen bekannt.

„Darum können wir alle nur spekulieren, was gegebenenfalls notwendig wäre, um überhaupt Teilnehmer aus MV zu platzieren.“ Zum jetzigen Zeitpunkt erscheine es „wenig zielführend“ eine Landesunterstützung zu initiieren, da es sich ausschließlich um eine Förderung des Bundes handle. Sie habe von der „kommunalen Ebene“ Rückmeldung bekommen, dass das pik-Mentoringprogramm bekannt sei. Der Grundsatz der Kulturstiftung des Bundes beinhalte auch „die Organisation von unten“. Es ginge nicht darum, dass das Land einen Träger ausweise, der das umsetze, sondern es müssten auf freiwilliger Basis ein Träger und ein Mentee gefunden werden.

Das schon erwähnte Projekt Kultur und Inklusion der Fachstelle Kulturelle Bildung erarbeite Handlungsempfehlungen für eine Teilhabe-orientierte Kulturpraxis in MV.

Barbara Becker-Hornickel (FDP) konnte das Argument für einen Länderschlüssel nicht völlig nachvollziehen. Es ginge um „individuelles Talent“ und darum, einen „Platz in der Gesellschaft und im Leben zu finden“. Ihr sei bewusst, was im Land schon für Behinderte getan werde. Jetzt ginge es um Unterstützung und Werbung für das pik-Programm.

Sie gab zu, dass die Zielgruppe klein sei, aber es sei eine Gruppe, die besonders viel Kraft und Mut brauche. Sie bedauerte, dass der Antrag so wenig Gehör finde und beantragte die Überweisung in den Sozialausschuss. Die Überweisung scheiterte an den Stimmen von SPD, DIE LINKE und CDU. Der Antrag selbst wurde von SPD, DIE LINKE, CDU und AfD abgelehnt.

Antrag FDP

Drucksache 8/1564

Beschluss:

Ablehnung der Überweisung

Ablehnung des Antrages

Mandat niedergelegt

Foto: Landtag MV



Die Abgeordnete **Eva-Maria Kröger** (re.) hat am 10. Januar gegenüber Landtagspräsidentin Birgit Hesse (li.) formal den Verzicht auf ihr Mandat als Landtagsabgeordnete erklärt.

Mit Ablauf des 31. Januar 2023 wird sie aus dem Parlament ausscheiden. Eva-Maria Kröger gehörte seit der Landtagswahl im Jahr 2016 dem Landtag an und ist Mitglied der Fraktion DIE LINKE. Am 1. Februar 2023 wird sie das Amt der Oberbürgermeisterin der Hansestadt Rostock übernehmen.



Fotos: Uwe Sinnecker

Der Abgeordnete Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) befragt Agrarminister Dr. Till Backhaus.

Der Donnerstag einer Landtags-Sitzungswoche beginnt in der Regel mit der Befragung der Landesregierung. Hierfür benennen die Abgeordneten, die eine Frage stellen wollen, im Vorfeld den Geschäftsbereich sowie das jeweilige Themengebiet ihrer Frage. Somit haben die betreffende Ministerin oder der betreffende Minister die Möglichkeit, sich vorzubereiten. Die tatsächliche Frage stellt ihnen der oder die Abgeordnete im Rahmen der Fragestunde.

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Ich würde den Herrn Minister bitten, diese Frage diesmal nicht ausweichend zu beantworten, insbesondere vor dem Hintergrund, dass ich genau dieselbe Frage in der Fragestunde vor einem Monat schon mal schriftlich eingereicht hatte und um Beantwortung gebeten hatte, unter anderem vor 15 Tagen im Agrarausschuss und vor 8 Tagen im Agrarausschuss nachgefragt hatte, und jedes Mal zugesichert wurde, dass die Antwort umgehend erfolgt. Das ist bis jetzt nicht passiert.

Deswegen möchte ich die Frage nun noch einmal stellen, ganz einfach im selben Wortlaut: Auf wie viel Jahre wird die Genehmigung für den Import von fossilem Gas über das Terminal der deutschen ReGas über die Behörden oder durch die Behörden des Landes befristet?



Abgeordneter Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Minister Dr. Till Backhaus:

Also ganz konkret kann ich die Antwort Ihnen geben: Wir gehen davon aus, das Genehmigungsverfahren läuft auf Hochtouren, und für mich, das habe ich auch im Übrigen an anderer Stelle gesagt, wird dieses Projekt, was die Frage, was LNG anbetrifft, auf das Jahr 2031, 31.12. beschränkt, ...

Präsidentin Birgit Hesse:

Herr Damm, möchten Sie noch eine ...

Minister Dr. Till Backhaus:

... im Übrigen in Abstimmung auch mit der Bundesregierung.



Wirtschaftsminister Reinhard Meyer wird von der Abgeordneten Petra Federau (AfD) befragt.



Abgeordnete Petra Federau (AfD)

Minister Reinhard Meyer:

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Abgeordnete! Nein, weil wir stehen zu den Sanktionen, die die Bundesregierung ergriffen hat.

*(Beifall vonseiten der Fraktion
der SPD und*

Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

*–
Zuruf von Horst Förster, AfD)*

Präsidentin Birgit Hesse:

Herr Damm, möchten Sie noch eine Nachfrage stellen zum Thema Nummer 12?

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich möchte den Minister nur noch mal um eine Konkretisierung bitten. Das bedeutet also, die Genehmigung für den LNG-Import, das heißt fossiles LNG, wird auf 2031 befristet werden, richtig?

Minister Dr. Till Backhaus:

Maximal auf 31, 2031.

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Jetzt möchte ich mal klatschen an der Stelle, Herr Backhaus.

■ Petra Federau, AfD:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister Meyer! Vor Kurzem titelte die Presse: „MV-Wirtschaftsminister hält Rückkehr zu niedrigen Energiepreisen für unmöglich“, weil, so O-Ton: „Wir haben uns auf dem günstigen russischen Gas ausgeruht.“

Meine Frage dazu: Schließen Sie also aus, dass wir wieder preiswertes russisches Gas und Öl beziehen werden?

Minister Reinhard Meyer:

Das schließe ich zu den Konditionen, wie es insbesondere vor dem Einmarsch der russischen Truppen auf Putins Befehl in die Ukraine geschehen ist, aus.

Präsidentin Birgit Hesse:

Frau Abgeordnete, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Petra Federau, AfD:

Im vergangenen Wirtschaftsausschuss debattierten wir über das anstehende Embargo und die Auswirkungen hier auf M-V. Da gab es eine Nachfrage seitens des Ausschussvorsitzenden, als Sie ansprachen, dass wir Verhandlungen mit Polen und Kasachstan führen, und er sprach an, dass insbesondere Kasachstan ja gute wirtschaftliche Beziehungen zu Russland pflegt, ob es da nicht sehr wahrscheinlich ist, dass wir auf Umwegen also doch russisches Öl oder Gas bekommen würden. Ihre Antwort darauf war, ich sage jetzt mal, nichtssagend. Sie haben es nicht verneint.

Und in Anbetracht dieser Tatsache, dass wir also davon ausgehen müssen, dass wir auf Umwegen ja doch russisches Gas und Öl erhalten, nur jetzt aber zu einem vielfach höheren Preis, könnten Sie sich da vorstellen, im Interesse der Wirtschaft und der Bürger Gespräche mit der Bundesregierung aufzunehmen und darauf einzuwirken, dass die Sanktionen, die uns schaden, vielleicht überdacht werden?

■ Daniel Peters, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister! Wir erleben ja in den letzten Tagen verstärkt auch Angriffe, Attacken auf die kritische Infrastruktur, durchaus natürlich auch von unterschiedlichen Tätergruppen. Zum einen mit Blick auf die kritische Infrastruktur, was denn den Bereich der Cyberkriminalität angeht, haben wir immer wieder ja auch erleben müssen in den vergangenen Monaten, dass wir hier eine, ja, durchaus eine gewisse Gefährdung erleben müssen, und neuerdings eben auch durch eine neue Tätergruppe, die sogenannte Letzte Generation, die sich ja sozusagen herauskristallisiert hat und meint, mit ihren Aktivitäten auf den drohenden Weltuntergang aufmerksam machen zu müssen.

Wir erleben bisher in Mecklenburg-Vorpommern nur vereinzelte Aktionen, aber sehen natürlich auch die Presseverlautbarungen der Aktivisten, sogenannten Aktivisten, die auch für Mecklenburg-Vorpommern durchaus Aktivitäten angekündigt haben. Und hier wäre meine Frage, ob die Landesregierung, ob die Sicherheitsbehörden hier mit einer verstärkten Sicherheitslage beziehungsweise mit verstärkten Maßnahmen versuchen, auf mögliche Aktivitäten einzuwirken beziehungsweise dem vorzubeugen.

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Soweit die verschiedenen Sicherheitsbehörden da Dinge vorhersehen können, versuchen sie selbstredend entweder selbst aktiv zu werden, prophylaktisch, oder aber andere Behörden vorzuwarnen. Die Aktivitäten haben sich bisher im Schwerpunkt fokussiert auf die öltransportierende Infrastruktur, möglicherweise mögen noch LNG oder Gas künftig eine größere Rolle spielen.

In den Kontexten haben wir aber sehr verschiedene Gruppen im Übrigen erlebt. Gerade auch in Lubmin waren es ja verschiedenste Beteiligte, die dort vor Ort gewesen sind und Aktionen bemüht haben. In dem Moment, wo die entsprechenden Sicherheitskräfte davon Kenntnis erlangen, wird sofort reagiert. Im Übrigen sind im Regelfall ja standardisierte und von den Betreibern der kritischen Infrastruktur entwickelte Konzepte vorhanden, Sicherheitskonzepte, die mit Wachdiensten verbunden sind, mit Überwachungskameras und Ähnlichem, um eben Dinge vorhersehen oder zumindest im Moment des Geschehens erkennen zu können. Aber da, wo wir das auf uns zulaufen sehen, gehen wir damit um.

Ein Beispiel ist, als das Schiff der ReGas den Hafen Lubmin, Entschuldigung, den Hafen Sassnitz anlief, dort liegt sie zurzeit. Es ist natürlich eine größere Beobachtung und Aufmerksamkeit auf so einem Anlaufen, weil nicht ausgeschlossen werden kann, dass ganz viele Beteiligte das auch mit kritischen Augen beäugen.

Präsidentin Birgit Hesse:

Herr Peters, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Daniel Peters, CDU:

Ja, sehr gern.

Wie bewertet die Landesregierung, wie bewerten Sie persönlich die Diskussion um diese Letzte Generation? Sollte aus Sicht der Landesregierung hier mit härteren Maßnahmen dieser Tätergruppe begegnet werden?



Foto: Uwe Sinnecker

Innenminister Christian Pegel beantwortet die Fragen des Abgeordneten Daniel Peters (CDU).

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch mal: In Lubmin haben wir eher dann die Identitäre Bewegung gehabt, die zwischendurch aktiv geworden ist. Wir haben auf der anderen Seite die Letzte Generation möglicherweise – ich weiß gar nicht, ob sich alle immer bekannt haben bei den Aktivitäten auf Pumpstationen der Erdölpipeline – gehabt. Das war dann eher im Sommer und Frühsommer dieses Jahres.

Ich bin bei dem Absolutismus, der den Aktionen innewohnt, und der geistigen Grundhaltung deutlich am Zweifeln. Ich habe persönlich – und das darf ich dann vielleicht auch mal als Innenminister, als Persönlichkeit da mit hineinbringen – große Bedenken, ob wir in einer Demokratie klug daran tun, wenn wir überzeugt sind, dass wir verabsolutierte Positionen haben, bei denen ich auch rechtsstaatliche Vorgaben überspringen darf, die für mich dann nach meiner Selbstwahrnehmung nicht gelten, um auf solche Ziele hinzuweisen. Ich glaube aber umgekehrt, dass wir im Strafrecht ein relativ großes Besteck haben, mit dem man da an den Stellen umgehen kann. Und ich bin umgekehrt kein Freund davon, jetzt die Überschriften der kriminellen Vereinigung, der terroristischen Vereinigung herauszuholen, weil die feste Tatbestandsmerkmale haben. Ich glaube, wir müssen aufpassen, dass wir nicht

mit Kanonen auf Spatzen schießen. Das ist juristisch zumindest ...

Das ist juristisch zumindest derzeit nicht naheliegend, was dort vorgetragen wird. Und ob ein Bundesgesetzgeber sich gemüßigt fühlt, weitere Tatbestände zu schaffen, da möchte ich die Diskussion abwarten wollen.

Ich glaube auf jeden Fall – und weil Sie schon einen Zwischenruf äußerten, den ich leider akustisch nicht verstanden habe, ich höre auf dem rechten Ohr schwächer als auf dem linken, ohne dass das politisch ist, ganz ausdrücklich, ohne dass das politisch ist. Ich glaube nicht, dass wir gut daran tun, wenn wir es überhöhen. Und ich bin momentan auch nicht sicher, ob die sehr fokussierte Medienwahrnehmung nicht eher den Interessenlagen entspricht, als ihnen widerspricht. Und man wird als politischer Raum nicht zwingend in die Falle tappen wollen, genau das, was dort erreicht werden soll, nämlich von großer öffentlicher Wahrnehmung zu leben, noch mal zu verstärken.



v.l.n.r.: Abg. Sabine Enseleit (FDP), Abg. Jeannine Rösler (Fraktionsvorsitzende DIE LINKE), 2. Vize-Präsidentin Elke-Annette Schmidt, Sebastian Schmidt, Landtagspräsidentin Birgit Hesse, Abg. Julian Barlen (Fraktionsvorsitzender SPD), Heinz Müller, Christiane Müller, Abg. Dr. Harald Terpe (Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Abg. Franz-Robert Liskow (Fraktionsvorsitzender CDU), Landtagsdirektor Armin Tebben, Abg. Nikolaus Kramer (Fraktionsvorsitzender AfD)

Meldungen

Sebastian Schmidt ist neuer Datenschutzbeauftragter

Laut Landesdatenschutzgesetz wählt der Landtag im Rhythmus von sechs Jahren einen neuen Datenschutzbeauftragten. Alle Fraktionen des Parlaments sind vorschlagsberechtigt.

Von diesem Recht machte die Koalitionsfraktion in der Dezembersitzungswoche Gebrauch. DIE LINKE und SPD schlugen dem Landtag mit Drucksache 8/1617 vor, Sebastian Schmidt zum Datenschutzbeauftragten von MV zu wählen. Landesverfassung und Landesdatenschutzgesetz legen fest, dass ein Kandidat im Wahlgang mehr als die Hälfte der Stimmen des Landtages auf sich vereinen muss. Die Wahl fand ohne weitere Aussprache in geheimer Abstimmung statt. Dafür wurden die Landtagsabgeordneten namentlich aufgerufen und erhielten den Stimmzettel

ausgehändigt. In einer Wahlkabine markierten sie den Zettel und warfen ihn dann in die Urne. Nach Ende der Stimmabgabe wurde die Sitzung für 10 Minuten unterbrochen, die Zettel ausgezählt und das Ergebnis verkündet. Von den 71 abgegebenen Stimmen waren alle gültig. 43 Mitglieder des Landtages stimmten für Sebastian Schmidt, 24 Abgeordnete stimmten mit Nein und vier Politiker enthielten sich dem Votum. Damit ist Sebastian Schmidt zum Datenschutzbeauftragten gewählt worden. Er nahm die Glückwünsche der Landtagspräsidentin und Fraktionsvorsitzenden entgegen.

Die Landtagspräsidentin dankte im Namen des Parlaments dem amtierenden Datenschutzbeauftragten Heinz Müller für die seit 2016 geleistete Arbeit an der Spitze der Landesbehörde.

*Wahlvorschlag DIE LINKE, SPD
Drucksache 8/1617*

*Beschluss:
Wahl von Sebastian Schmidt
zum Landesdatenschutzbeauftragten*

Demokratie unter Krisenbedingungen

Der demokratische Entscheidungsprozess lebt von Transparenz und Teilhabe. Darum sind Sitzungen der verschiedenen gesetzgebenden Ebenen öffentlich und die Mandatsträger persönlich anwesend. Allerdings hat die Coronapandemie den Kommunen eine hohe Flexibilität in der Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit abverlangt. Eine Ausnahmeregelung bis Ende 2022 erlaubte es, Sitzungen als Video- oder Hybridkonferenz durchzuführen und die Öffentlichkeit durch Videoübertragung herzustellen. Zudem konnten die Kommunen für einfache Entscheidungen schriftlich oder elektronisch per sogenanntem Umlaufverfahren abstimmen lassen. Da das Ende der Coronapandemie unsicher sei, soll die Ausnahme auch für das Jahr 2023 greifen, allerdings ohne Umlaufverfahren. Der von der Landesregierung vorgestellte Gesetzentwurf ermöglicht die dazu notwendige Entscheidungsfrei-

heit. In Zukunft soll diese Option in der Kommunalverfassung verankert werden. Innenminister Christian Pegel hoffte, dass die Ausnahme im neuen Jahr nicht mehr nötig sei. Dennoch brauche es Mechanismen, um die kommunale Selbstverwaltung auch in sich „zuspitzenden Krisensituationen“ wie die „möglicherweise eintretende Energiemangellage“ aufrechtzuerhalten. SPD und DIE LINKE befürworteten den Gesetzentwurf. Ihnen war daran gelegen, dass Entscheidungen nachvollziehbar debattiert und nicht per Umlaufverfahren ins „Hinterzimmer“ verlagert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN intervenierte mit einem Änderungsantrag, um auf eine konkrete Definition für Abweichungen und deren Autorisierung durch den Landtag zu drängen. Ablehnung kam von der AfD. Die Hygienemaßnahmen hätten sich bewährt und einer „Verrenkung“ bedürfe es nicht. Die CDU plädierte für den Änderungsantrag und favorisierte gemeinsam mit der FDP die Beibehaltung des Umlaufverfahrens. Beide Fraktionen enthielten sich bei der Abstimmung.

*Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 8/1402*

*Beschlussempfehlung Innenausschuss
Drucksache 8/1614*

*Änderungsantrag
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/1641*

*Beschluss:
Annahme des Gesetzentwurfes entsprechend der Beschlussempfehlung
Ablehnung des Änderungsantrages*

Verlässliche Finanzen für Hochschulen

Die gegenwärtige Krisensituation betrifft auch Hochschulen. Inflation und höhere Energiekosten stellten eine Kürzung der Hochschulfinanzen dar, argumentierte die CDU und wollte mit ihrem Antrag diesen Konflikt aufklären. Denn die Hochschulbudgets seien Bestandteil der bis zum Jahr 2025 fixierten Zielvereinbarungen. Die dabei zugrunde gelegten Annahmen und Voraussetzungen hätten den gegenwärtigen gesellschaftlichen Umbruch nicht vor-

hersehen können, erklärte die Koalitionsfraktion. Das Land stehe nun aber in der Pflicht, den Haushalt an die veränderte Lage anzupassen. Darum beinhaltet der Nachtragshaushalt eine globale Minderausgabe, die auch die Hochschulen betreffe. Die Landesregierung und Koalition argumentierten, dass diese durch die an den Hochschulen angesammelten Rücklagen von ungefähr 136 Millionen Euro kompensiert werden könne. Andererseits gebe es im Gesetzentwurf zum Nachtragshaushalt 5 Millionen Euro für die gestiegenen Energiekosten der Hochschulen. Die CDU zeigte sich mit dieser Herangehensweise unzufrieden. Sie sehe in den daraus resultierenden Unsicherheiten und der fehlenden Planbarkeit einen Vertrauensverlust. Wissenschaftsministerin Bettina Martin (SPD) versicherte, die Landesregierung stehe zu ihrem Wort. Sollte durch die Energiekrise ein „Delta“ entstehen, helfe das Land. „Und das gilt.“ Die AfD stimmte der CDU zu. Wenn die Hochschulen an die Zielvereinbarungen gebunden seien und die Krise aus eigenen Mitteln bewältigen sollen, könne darin ein Vertragsbruch gesehen werden. Zu viele Fragen blieben offen. Auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP verteidigten das Ansinnen der CDU. Preissteigerungen durch die Inflation würden „massiv unterschätzt“, warnte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer einen Haushalt ohne Dynamik fortschreibe, der kürze. „Und das Jahr für Jahr“, stellte die FDP klar. SPD und DIE LINKE bekannten sich zur Unterstützung der Hochschulen, bestanden aber auf die Nutzung der ungebundenen Rücklagen der Hochschulen in dieser außergewöhnlichen Situation. Sie lehnten den CDU-Antrag ab.

*Antrag CDU
Drucksache 8/1576*

*hierzu
Änderungsantrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/1633*

*Beschluss:
Ablehnung der Ziffer I Nummern 1 und 2,
Ziffer II Nummern 1 und 2 sowie Ziffer III
des Änderungsantrages
Ablehnung des Antrages*

Legalisierung von Cannabis-Eigenkonsum

Der Bundesgesundheitsminister hat der EU-Kommission ein Eckpunktepapier zur kontrollierten Abgabe von Cannabis zur Prüfung vorgelegt. Demnach soll der Erwerb und der Besitz von 20 bis 30 Gramm Genusscannabis zum Eigenkonsum im privaten und im öffentlichen Raum straffrei sein. Bislang entscheiden die Strafverfolgungsbehörden der Länder, ob eine „geringe Menge“ oder eine „Wiederholungstat“ vorliegt. In MV stellen die Staatsanwaltschaften gewöhnlich das Verfahren ein, wenn der Besitz von Cannabisprodukten unter 6 Gramm liegt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollte den Landtag auffordern, per Richtlinie diese Grenze auf 20 Gramm zu erhöhen und wiederholten Eigenkonsum ohne Fremdgefährdung straffrei zu stellen. Der Fraktion gehe es um eine Vereinheitlichung in den verschiedenen Bundesländern und eine Entlastung der Behörden.

Justizministerin Jacqueline Bernhardt (DIE LINKE) war dafür, Cannabis in bestimmten Bereichen zu legalisieren. Aber nicht so, wie es der Antrag fordere. Eine Abstimmung unter den Bundesländern sei auf dem Weg. Nach Ansicht der AfD wolle BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „einen Vorgriff auf eine keinesfalls sichere Gesetzesänderung mittels einer Richtlinie“. Es sei ratsam, die Prüfung der EU abzuwarten. Auch die CDU fand, dass MV andere Probleme habe als „straffreies Kiffen“. Die vorgeschlagenen 20 Gramm reichten für 60 Joints. Das falle nicht unter Eigenkonsum.

Die SPD bejahte die Notwendigkeit einheitlicher Richtlinien. Aber dieser Antrag verstoße gegen die Gewaltenteilung. So sah es auch DIE LINKE: „Was wir nicht tun können ... ist, den Staatsanwaltschaften und Gerichten Richtlinien vorzugeben“. Die FDP befürwortete die kontrollierte Abgabe über lizenzierte Geschäfte. Sie sehe Möglichkeiten, den Antrag umzusetzen und stimme daher zu. Alle anderen Fraktionen konnte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht überzeugen.

*Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/1586*

*Beschluss:
Ablehnung des Antrages*

Gendern ist freiwillig

Eine Mehrheit der Deutschen lehne das Gendern ab. Die dafür aktuell genutzten Formen der Schriftsprache seien vielfältig und folgten keiner Regel. Laut AfD seien sie zum einen grammatikalisch falsche Wortkreationen, die in ein „sprachliches Minenfeld“ führten und zum anderen ideologisch motivierte Erscheinungen. Sie stünden im Widerspruch zu der grundsätzlich gebotenen überparteilichen Staatlichkeit im offiziellen Bereich. Verbindliche Normen zur Verwendung der deutschen Sprache gebe der Rat für deutsche Rechtschreibung vor. Dieser empfehle, beim Verwenden geschlechtergerechter Sprache auf sachliche Korrektheit, Verständlichkeit und Lesbarkeit der Texte zu achten. Nach Ansicht der AfD ermögliche die Verwendung des generischen Maskulinums eine diskriminierungsfreie und geschlechtersensible Sprache. Mit ihrem Antrag wollte die AfD die Landesregierung auffordern, per Verordnung die Einhaltung der Vorgaben des Rates für deutsche Rechtschreibung an staatlichen Einrichtungen durchzusetzen. Dies verstoße gegen die Gleichstellungsparagrafen von Bundes- und Landesgesetzen, verdeutlichte Justizministerin Jacqueline Bernhardt (DIE LINKE). Die CDU lehne das Gendern zwar ab, betonte aber, hier brauche es den öffentlichen Diskurs statt eines Antrages. Das Gendern sei für DIE LINKE zeitgemäß, da „eine diskriminierungsarme Sprache“ helfe, „strukturelle Benachteiligungen abzubauen“. Niemand sei zum Gendern gezwungen, war der Standpunkt von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Unsere Gesellschaft ist so viel weiter“ als der AfD-Antrag.

Der FDP sei wichtig, den gesellschaftlichen Wandel anzuerkennen. Die AfD hingegen wolle „die Vergangenheit ehren und das lehnen wir ab.“ Die Landesregierung erarbeite gerade einen Leitfaden zur Anwendung geschlechtergerechter Sprache, teilte die SPD mit. Das werde in Zukunft helfen. Am Ende der Debatte folgte keine der Fraktionen dem Antrag der AfD.

Antrag AfD
Drucksache 8/1569

Beschluss:
Ablehnung des Antrages



Foto: nordreport

Landesarchäologe Dr. Detlef Jantzen untersucht einen Schädel aus der Zeit 1300 vor Christus, in dem eine Pfeilspitze aus Bronze steckt. Mehr als 70 Schädel wurden bei Ausgrabung eines Schlachtfeldes aus der Bronzezeit im Tollensetal nördlich von Altentreptow gefunden.

Tollensetal – archäologischer Schatz von Weltrang

1996 führte der Zufallsfund eines ehrenamtlichen Bodendenkmalpflegers im Tollensetal, nördlich von Altentreptow, auf die Spur einzigartiger archäologischer Zeugnisse aus der Bronzezeit. Weitere Grabungen förderten menschliche Knochen und Schädel mit Verletzungen, Pfeilspitzen und Nahkampfwaffen zutage. Experten schlossen daraus, die Überreste eines großen Gewaltkonflikts vor 3.000 Jahren entdeckt zu haben. Die Dimension des Fundes ist europaweit, wahrscheinlich weltweit einmalig. Doch die Sicherung, Konservierung und öffentliche Präsentation der Relikte bleibt eine Herausforderung. Die Koalitionsfraktionen schlugen daher vor, ein integriertes Gesamtkonzept für die drei Standorte der Ur- und Frühgeschichte in Rostock, Groß Raden, und Tollensetal zu erarbeiten. Der Plan soll einen ständigen Ausstellungsort für die Tollensetal-Funde definieren sowie touristische Aspekte berücksichtigen. Alle Fraktionen waren sich über die Bedeutung des Bodenschatzes und die hervorragende Arbeit der ehrenamtlichen Archäologen einig. SPD, DIE LINKE und Wissenschaftsministerin Bettina Martin (SPD) sahen die Federführung für ein erweiterbares Konzept zur wissenschaftlichen als auch touristischen Erschließung des Bodendenkmals beim Landesamt für Kultur und Denkmalpflege.

ge. AfD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zweifelten an den personellen Kapazitäten beim Landesamt und warnten vor der Errichtung paralleler Strukturen. Denn, so die CDU, für das Projekt wurden in der vergangenen Legislatur bereits eine Million Euro bewilligt. Ein Änderungsantrag der CDU zielte auf die Einbeziehung dieser Vorarbeit ab. Der FDP war vor allem daran gelegen, die Funde zu sichern und dann schrittweise einem fundierten, kostenbewussten Gesamtkonzept zu folgen. In der von der CDU beantragten zifferweisen Abstimmung wurde der Koalitionsantrag bestätigt und der Änderungsantrag abgewiesen.

Antrag SPD, DIE LINKE
Drucksache 8/1579

hierzu
Änderungsantrag CDU
Drucksache 8/1642

Beschluss:
Annahme der Ziffer I und der Ziffer II
Nummern 1 bis 5 des Antrages
Ablehnung der Ziffer I und der Ziffer II
Nummern 1 bis 5
des Änderungsantrages

Laufende Gesetzgebung Stand: 09.01.1023

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/1470	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 09.11.2022 Ablehnung der Überweisung
8/1484	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 09.11.2022 Ablehnung der Überweisung
8/1489	DIE LINKE, SPD	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes	Bildungsaus- schuss	1. Lesung: 09.11.2022 in Beratung
8/1490	SPD, DIE LINKE	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes	Innenausschuss	1. Lesung: 09.11.2022 in Beratung
8/1491	SPD, DIE LINKE	Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der naturschutzrechtlichen Zuständigkeit zur Beschleunigung des Ausbaus der Windenergie in Mecklenburg-Vorpommern	Agrarausschuss	1. Lesung: 09.11.2022 in Beratung
8/1559	Landes- regierung	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Landesgraduiertenförderungsgesetzes	Wissenschafts- und Europaaus- schuss	1. Lesung: 07.12.2022 in Beratung
8/1578	CDU, FDP	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Glücksspielstaatsvertragsgesetzes 2021 (Glücksspielstaatsvertragsausführungsänderungsgesetz – ÄndGlüStVAG M-V)	-	1. Lesung: 07.12.2022 Ablehnung der Überweisung

Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 7. und 9. Dezember 2022 entschieden | Stand: 21.12.2022

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/1253	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Betreuungsausführungsgesetzes und weiterer Gesetze zur Anpassung an das Betreuungsrecht des Bundes	LReg.	1. Lesung: 07.09.2022 2. Lesung: 07.12.2022	Annahme
8/1344	Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Besoldungs- und Beamten-versorgungsbezügen 2022 und zur Änderung weiterer besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften des Landes Mecklenburg-Vorpommern	LReg.	1. Lesung: 05.10.2022 2. Lesung: 07.12.2022	Annahme
8/1345	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes	LReg.	1. Lesung: 05.10.2022 2. Lesung: 07.12.2022	Annahme
8/1346	Entwurf eines Gesetzes zur Optimierung der IT-Landschaft in der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern	LReg.	1. Lesung: 05.10.2022 2. Lesung: 07.12.2022	Annahme
8/1347	Entwurf eines Gesetzes über die allgemeine Beeidigung von Übersetzenden sowie zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes	LReg.	1. Lesung: 05.10.2022 2. Lesung: 07.12.2022	Annahme
8/1401	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesausführungsgesetzes SGB IX und anderer Gesetze	LReg.	1. Lesung: 07.10.2022 2. Lesung: 07.12.2022	Annahme
8/1402	Entwurf eines Gesetzes zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der Kommunen während der SARS-CoV-2-Pandemie ab dem Jahr 2023 und zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit mit Energie (KVAwG M-V)	LReg.	1. Lesung: 07.10.2022 2. Lesung: 07.12.2022	Annahme
8/1556	Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Nachtragshaushaltsgesetz 2023	LReg.	1. Lesung: 24.11.2022 2. Lesung: 09.12.2022	Annahme
8/1557	Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushalt des Haushaltsjahres 2023 (Nachtragshaushaltsgesetz 2023)	LReg.	1. Lesung: 24.11.2022 2. Lesung: 09.12.2022	Annahme
8/1558	hierzu ZAHLENWERK zum Nachtrag zum Haushaltsplan 2023			



Die Abgeordneten des Landtags MV zu Gast bei der Europäischen Kommission

Besuch in Brüssel

Gemeinsame Reise des Finanzausschusses mit dem Wissenschafts- und Europaausschuss

Der Finanzausschuss hat vom 15.-17. November 2022 gemeinsam mit dem Wissenschafts- und Europaausschuss einen Informationsbesuch in Brüssel durchgeführt. Das Ziel der Reise bestand darin, sich mit Vertretern der Europäischen Kommission, der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel, des Europäischen Rates und des Informationsbüros des Landes MV über die neuesten Entwicklungen in den für MV wichtigsten Politikbereichen auszutauschen.

Gespräch mit Mitarbeitern der Vertretung des Landes MV bei der EU

Die Vertreter des Informationsbüros haben die Ausschussmitglieder über ihre Aufgaben und Arbeitsweise informiert. Dabei zeigte sich, dass die verschiedenen Landesvertretungen in Brüssel eng miteinander zusammenarbeiten, um die vielen Informationen und Unterlagen, insbesondere die umfangreichen Dossiers zu anstehenden Verordnungsentwürfen, in angemessener Zeit zu verarbeiten und aufzubereiten. Die Mitglieder der verschiedenen Landtags-

ausschüsse erhalten diese Berichte in Form der sogenannten „Europa-Informationen“ über den für Europaangelegenheiten federführend zuständigen Wissenschafts- und Europaausschuss. Im Rahmen der Diskussion zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), welcher jeweils für sieben Jahre verabschiedet wird und aktuell bis zum Jahr 2027 läuft, wurde unter anderem auch berichtet, dass MV von 1990 bis 2020 circa 10 Milliarden Euro an EU-Mitteln erhalten hat, die etwa in Brücken und Radwege geflossen sind.

Treffen mit einem Vertreter aus dem Europäischen Ausschuss der Regionen

In einem weiteren Gespräch trafen sich die Ausschussmitglieder mit einem Vertreter des Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR), um mit diesem über die Finanzen der EU und die Zukunft der Kohäsionspolitik der EU zu sprechen. Dabei wurde seitens des Vertreters des AdR erläutert, dass die Kohäsionspolitik aus zwei Gründen unter Druck stehe. Zum einen gibt es einige Mitgliedstaaten, die dafür plädieren, dass die Mittel der EU vermehrt in andere Bereiche investiert werden sollten. Zum anderen wird die Kohäsionspolitik von den aktuellen Krisen überlagert, wie den Folgen der Corona-Pandemie, des Krieges in der Ukraine und der anhaltenden Energiekrise, für die ebenfalls beträchtliche Mittel aus dem EU-Haushalt benötigt werden.

Gespräch mit einer Vertreterin der Europäischen Kommission

Im Anschluss gab eine Vertreterin der Europäischen Kommission aus der Generaldirektion für Bildung, Jugend, Sport und Kultur den Landtagsabgeordneten einen Überblick über das einzige nur für Kultur zuständige Programm „Kreatives Europa“ (2021-2027). Mit einem Gesamtbudget von 2,442 Mrd. Euro wird das Programm von der Europäischen Kommission und der Europäischen Exekutivagentur für Bildung und Kultur durchgeführt. Es teilt sich in drei Säulen. Das Teilprogramm Kultur, das europäische Kooperationen in allen Kultur- und Kreativsektoren fördert, das Teilprogramm Media, welches Projekte im Film-, Serien- und Gamingbereich unterstützt sowie der Cross-Sector Bereich, in dem besonders innovative Digitalprojekte gefördert werden und ein neuer Fokus auf journalistischen Kooperationen liegt. Die Förderbereiche sind europäische Kooperationsprojekte, europäische Netzwerke, europäische Plattformen und Literaturübersetzungen. Das Programm soll die kulturelle Vielfalt stärken und auf die Bedürfnisse und Herausforderungen des Kultur- und Kreativsektors eingehen, um so digitaler, grüner, widerstandsfähiger und inklusiver zu werden.

Gespräch mit Vertretern des Rates der EU

Über die genannten Gesprächstermine hinaus hatten die Ausschussmitglieder auch die Möglichkeit für einen Austausch mit zwei Vertretern vom Rat der

EU. Zunächst informierte ein Vertreter aus dem Bereich „Wirtschaftspolitik und Finanzdienstleistungen“ über die Arbeit des Rates bei Gesetzgebungsvorhaben der EU, mithin bei entsprechenden Gesetzesentwürfen der Europäischen Kommission. Des Weiteren wurden die verschiedenen Abstimmungsverfahren und die unterschiedlichen Mehrheitsanforderungen erläutert. Neben der einfachen Mehrheit bei Verfahrensfragen sowie der erforderlichen Einstimmigkeit, etwa bei der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, war das System der sogenannten „doppelten Mehrheit“ von besonderem Interesse. Diese qualifizierte Mehrheit setzt voraus, dass einerseits mindestens 55 Prozent der Mitgliedsstaaten und andererseits mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung (vertreten durch die Mitgliedsstaaten) zugestimmt haben. Darüber hinaus wurde die ursprünglich geplante Mindestbesteuerung von Unternehmen thematisiert, zu der es bisher auf EU-Ebene noch nicht gekommen ist.

Mit einem zweiten Vertreter, welcher Berater der Direktion „Wettbewerbsfähigkeit, Industrie, Forschung und Weltraum“ war, konnten die Abgeordneten zum Thema „Forschung als Faktor der Wettbewerbsfähigkeit“ ins Gespräch kommen. Dabei wurde auch anhand der Entwicklung des finanziellen Rahmens der Forschungsprogramme der EU deutlich, wie sehr der Stellenwert der Forschung auf der EU-Ebene über die Jahre angewachsen ist. Während das 1. Forschungsprogramm (1984 bis 1987) noch ein Volumen von 3,3 Milliarden Euro hatte, sind es im Programm „Horizont Europa“ (2021 bis 2027) bereits 95,5 Milliarden Euro. Zudem war von Interesse, dass 20 Prozent aller weltweiten Forschungsergebnisse aus der EU kommen. Allerdings wurden auch die Schwächen dargelegt, die etwa in der künstlichen Intelligenz, der Cybersicherheit oder der Mikrotechnologie liegen, wo die EU im weltweiten Vergleich zurückgefallen ist. Früher wurden beispielsweise 30 Prozent aller Halbleiter in der EU produziert, heute sind es nicht mal mehr 10 Prozent.

Gespräch mit weiteren Vertretern der Europäischen Kommission

Der Vertreter aus der Generaldirektion für Wirtschaft und Finanzen stellte das Motto der EU „In Vielfalt geeint“ in den

Vordergrund und erläuterte, dass dies sowohl die Vielfalt der Mitgliedsländer an sich als auch die kulturelle Vielfalt der Mitglieder umfasst. Es gibt 24 Amtssprachen in der EU, in die, etwa bei Sitzungen der Kommission oder des Europäischen Parlaments, fortlaufend simultan übersetzt wird. Beschlussvorlagen für die Kommission müssen zudem mindestens auf Englisch, Französisch oder Deutsch eingereicht werden. Im Rahmen der Diskussion wurde auch auf die Europäische Zentralbank (EZB) eingegangen, deren Mandat in der „Sicherung der Preisstabilität“ besteht. Die EZB kontrolliert die Geldmenge, legt die Zinssätze fest und überwacht, ob die Banken am Markt sicher sind. Dabei arbeitet die EZB unabhängig von den Regierungen der Mitgliedsstaaten entsprechend dem ihr erteilten Mandat.

Gespräch mit Vertretern der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU

Am letzten Tag der Informationsfahrt führte der Finanzausschuss Gespräche mit Vertretern der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU in Brüssel (StäV). Die Ausschussmitglieder wurden durch die Leiterin der Finanzabteilung zunächst über die Struktur und anschließend über die Arbeitsweise der StäV informiert. Dabei besteht die Hauptaufgabe der StäV in der Begleitung der Sitzungen des Ministerrates sowie der verschiedenen Arbeitskreise im Rahmen der Gesetzgebung auf europäischer Ebene.

Gespräch mit einem Vertreter der Europäischen Kommission zu Forschung und Innovation

Zum Abschluss der Informationsreise führten die Mitglieder des Wissenschafts- und Europaausschusses ein Gespräch mit einem Vertreter der Generaldirektion „Forschung und Innovation“ (FuI) und informierten sich über das Programm Horizont Europa (2021-2027). Mit einem Budget von 95,5 Mrd. Euro ist es das wichtigste Förderprogramm der EU für FuI und hat unter anderem die Bekämpfung des Klimawandels, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums der EU aber auch die Schaffung von mehr und

besseren Arbeitsplätzen als Ziel. Das Programm richtet sich ausschließlich auf zivile Anwendungen und stützt sich auf die drei Pfeiler Wissenschaftsexzellenz, Globale Herausforderungen und die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Europas sowie Innovatives Europa. Diese sollen anhand missionsorientierter FuI-Politik erreicht werden.

Nachtragshaushalt 2023

Finanzausschuss führte öffentliche Anhörung durch

■ Der Finanzausschuss des Landtages hat am 2. Dezember 2022 eine öffentliche Anhörung zum Entwurf des Nachtragshaushaltes 2023 durchgeführt. Die im Finanzausschuss vertretenen Fraktionen haben hierzu im Vorfeld verschiedene Institutionen benannt, die um eine Stellungnahme zum Entwurf des Nachtragshaushaltes 2023 gebeten werden sollten. Entsprechend diesen Vorschlägen hat der Finanzausschuss den Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern e. V., den Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern, die IHK zu Schwerin, die IHK zu Rostock, den Bund der Steuerzahler, die LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern e. V., den Landessportbund Mecklenburg-Vorpommern e. V., den Steuerberaterverband Mecklenburg-Vorpommern e. V., den Verband kommunaler Unternehmen, den DGB Bezirk Nord und den 2. Stellvertreter des Landrates des Landkreises Vorpommern-Greifswald um eine Einschätzung zu den vorliegenden Gesetzentwürfen gebeten.



Der Finanzausschuss hört Vertreter verschiedener Institutionen zum Entwurf des Nachtragshaushaltes 2023 an.
Foto: Landtag MV

Der Landessportbund Mecklenburg-Vorpommern e. V. (LSB M-V) hat unter anderem ausgeführt, dass der Nachtragshaushalt dafür geeignet sei, die gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen für Mecklenburg-Vorpommern infolge der Energiekrise gut zu bewältigen. Die geplanten Finanzhilfen seien eine wirksame Ergänzung zu den Hilfsprogrammen der Bundesebene. Zudem wurde ausdrücklich begrüßt, dass der gemeinnützig organisierte Sport im Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 2023 und im Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes zum Nachtragshaushaltsgesetz 2023 berücksichtigt worden sei. Als tragende Säule der Zivilgesellschaft und als größter Träger von gesundheitsfördernden Bewegungsangeboten erhalte der Sport eine angemessene Anerkennung und Unterstützung bei der Bewältigung der Energiekrise. Unabhängig davon wurde aber auch zu bedenken gegeben, dass der LSB M-V den zusätzlichen finanziellen Bedarf, der durch die bisher geplanten Hilfsprogramme von Bund und Land nicht oder nicht ausreichend abgedeckt sei, bei den Sportvereinen und Sportverbänden auf 3,3 Millionen Euro schätze. Insoweit sei zu berücksichtigen, dass circa 1.900 Sportvereine und Sportverbände mit etwa 261.000 Mitgliedern im LSB M-V organisiert seien. Davon seien circa 500 Sportvereine direkt von den Energiepreissteigerungen betroffen, die Sportstätten in eigener Bewirtschaftung hätten.

Die LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern e. V. (LIGA) hat in Bezug auf den Nachtragshaushalt 2023 mit Blick auf die gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen infolge der Energiekrise festgestellt, dass zusätzliche Landeshilfen dringend notwendig seien, da der Bund nicht alle Härten der Energiekrise abfedern werde. Vor diesem Hintergrund werde der Nachtragshaushalt grundsätzlich begrüßt. Ob die Finanzhilfen des Landes, die Lücken der Bundeshilfen zu schließen vermögen, sei allerdings von der Ausgestaltung und der Verteilung der Landeshilfen abhängig. Die Hilfen dürften auch nicht erst kurz vor der Insolvenz sozialer Einrichtungen fließen, sondern müssten die sozialen Angebote im Land absichern. Seitens der LIGA wurde zudem betont, dass 10 Millionen Euro für die

Bereiche Soziales, Kultur und Sport insgesamt bei weitem nicht ausreichend seien, um die sozialen Angebote zu sichern. Dazu brauche es eine umgehende Evaluierung des tatsächlichen Bedarfs, wofür auch eine intensive Kommunikation mit den sozialen Trägern nötig sei. Die 10 Millionen Euro seien zudem ohne valide Grundlage festgelegt worden, Abstimmungen zur Erhebung der Bedarfe mit den Trägern sozialer Einrichtungen hätten insoweit nicht stattgefunden. Die Bereiche der Allgemeinen Sozialberatung und der Schuldnerberatung müssten zudem auch noch im Härtefallfonds mitberücksichtigt werden. Diese würden bereits jetzt aufgrund der anhaltenden Krisensituation einen kaum zu bewältigenden Beratungsbedarf verzeichnen.

Der Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern e. V. hat angesichts der großen finanziellen Herausforderungen im nächsten Jahr die zügige Umsetzung der Ergebnisse zur Unterstützung der Kommunen, die auf dem Kommunalgipfel am 21. November 2022 erreicht worden seien, ausdrücklich begrüßt. Damit werde weiter der Weg der Verlässlichkeit in der Finanzausstattung beschritten, um den Kommunen in den Krisenzeiten die Aufgabenwahrnehmung und Investitionskraft zu gewährleisten. In Bezug auf die Wohngeldreform wurde seitens des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern e. V. allerdings auch erläutert, dass man, wie auch die kommunalen Verbände in den anderen Ländern und auf Bundesebene, wiederholt darauf hingewiesen habe, dass die Wohngeldstellen nicht in der Lage seien, über die zu erwartende hohe Zahl an Anträgen zeitnah zu entscheiden. Der Bundesgesetzgeber sei den Forderungen nach Vereinfachungen trotz der deutlichen Warnungen jedoch nicht gefolgt. Wenn bundesweit mit einer Verdreifachung der Bewilligungen gerechnet werde, werde diese Zahl in Mecklenburg-Vorpommern aufgrund der geringeren Einkommensverhältnisse vieler Haushalte noch höher liegen. Zudem würden die Antragszahlen über der Zahl der Bewilligungen liegen. Die Träger der Wohngeldstellen bemühten sich zwar, zusätzliches Personal einzustellen, jedoch sei das Angebot an dafür geeigneten Kräften sehr begrenzt. Zu-

dem müssten neue Mitarbeiter erst noch geschult und eingearbeitet werden.

Der Vertreter des Landkreises Vorpommern-Greifswald hat unter anderem zur Haushaltslage erklärt, dass die Ansätze des Nachtragshaushaltes helfen würden, die Finanzlage der Kommunen zu verbessern. So prognostiziere der Landkreis Vorpommern-Greifswald eine zusätzliche Belastung des Haushaltes im Jahr 2023 von circa 36,5 Millionen Euro. Durch den vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes werde der Landkreis unmittelbar um etwa 20 Millionen Euro entlastet. Weitere Entlastungen werde es durch höhere Abschlagszahlungen für die Bereiche Kita und BTHG geben. Insgesamt bleibe aber die Aussicht auf eine sehr angespannte Haushaltslage, die im Landkreis Vorpommern-Greifswald eine Kreisumlage von 46,5 Hebesatzpunkten zur Folge habe. Man habe vor allem ein Ausgabenproblem, da Kosten für Energie, Soziales, Jugend und Personal unkalkulierbar steigen würden. Insgesamt gesehen würden die Hilfen und Ansätze noch nicht ausreichen, um die aktuellen Probleme zu lösen. In Bezug auf die Infrastrukturpauschale wurde zudem angemerkt, dass die Weiterführung der Pauschale in Höhe von 150 Millionen Euro sehr zu begrüßen sei. Insgesamt gesehen würden diese Mittel aber nicht ausreichen, um die bestehenden Defizite in der kommunalen Infrastruktur zu beseitigen.

Der Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e. V. (BdSt) hat in seiner schriftlichen Stellungnahme unter anderem ausgeführt, dass der vorliegende Gesetzentwurf erkennbar von dem Wunsch getragen sei, den Herausforderungen der Energiekrise wirkungsvoll zu begegnen und die jetzt notwendigen Maßnahmen gleichzeitig als Motor für den erforderlichen Transformationsprozess zu begreifen. Dies sei eine Chance, vielleicht sogar die vorerst letzte für MV, um Anschluss an die technologische Entwicklung zu finden, MV als Wirtschaftsstandort zu etablieren und dementsprechend Fachkräfte zu binden beziehungsweise auszubilden. All dies sei dringend notwendig, um angesichts der demografischen Entwick-

lung die Steuereinnahmen langfristig zu stabilisieren. Dazu bedürfe es einer konsequenten Ausrichtung auf strategisch zu entwickelnde Ziele, einer sparsamen Haushaltsführung unter der Abbildung zukünftig entstehender Kosten. Vor allem brauche es dafür Transparenz, um die Bürgerinnen und Bürger bei allen jetzt notwendigen Entscheidungen einzubinden beziehungsweise mitzunehmen. Der jetzt vorgelegte Nachtragshaushalt könne zudem nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Landeshaushalt gravierende strukturelle Probleme habe.

Die IHK zu Schwerin und die IHK zu Rostock haben eine gemeinsame schriftliche Stellungnahme übersandt, in der sie unter anderem ausgeführt haben, dass der Nachtragshaushalt erforderlich sei und die finanziellen Handlungsmöglichkeiten der Landesregierung für die anstehenden Herausforderungen sichere. Grundsätzlich positiv sei, dass der MV Energiefonds mit über 1,1 Milliarden Euro ein erhebliches Volumen umfasse und zur Abmilderung von Härten und zur Transformierung der Energieversorgung und Wirtschaft im Land beitragen könne. Die vorliegenden Gesetzentwürfe seien in Bezug auf

die Abmilderung der Herausforderungen zur Bekämpfung der Energiekrise ein wichtiger Ansatz. Zugleich sollten sich die unter dem MV Energiefonds dargestellten möglichen Maßnahmen nicht allein auf die Bekämpfung beziehungsweise Abmilderung der Folgen beschränken. Die aktuelle Energiekrise könne und müsse als Chance für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes ergriffen werden. Positiv hervorzuheben seien aus Sicht der IHKs die insgesamt 838 Millionen Euro die in der 1. Säule „Zukunftsinvestitionen/Transformation“ zur Verfügung stünden. Hier sei mit 511 Millionen Euro an Bundesmitteln im Vergleich zu 327 Millionen Euro an Landesmitteln eine erhebliche Hebelwirkung festzustellen. Zu begrüßen sei auch, dass mit den Mitteln auch Investitionen in die Wasserstoffwirtschaft (IPCEI-Projekte) vorgesehen seien, durch die mittel- und langfristig eine große Wertschöpfung, auch in Bezug auf mögliche Industrieansiedlungen, generiert werden könne.

Der Landkreistag MV hat in seiner schriftlichen Stellungnahme unter anderem zum geplanten neuen § 8 Satz 1 Nummer 4 Buchstabe a FAG M-V – mithin zu den Einnahmen aus der Umsatz-

steuer vom Bund für flüchtlingsbedingte Kosten – ausgeführt, dass die geplante Regelung die Einnahmen aus der Umsatzsteuer vom Bund für flüchtlingsbedingte Kosten in Höhe von 23 625 000 Euro ab dem Jahr 2023 als berücksichtigungsfähige Einnahmen zugunsten des Landes mit der Folge ausschließe, dass der kommunale Anteil an diesen Einnahmen nicht an die kommunale Ebene weitergeleitet werde. Auf dem Kommunalgipfel seien insoweit lediglich folgende zwei Vereinbarungen für das Jahr 2023 getroffen worden: „Trotz der gegenüber dem Jahr 2022 rückläufigen Bundesmittel für die Kriegsvertriebenen aus der Ukraine wird der kommunalen Ebene für das Jahr 2023 weiterhin ein Betrag von 5,8 Millionen Euro über das FAG M-V zur Verfügung gestellt, der horizontal belastungsorientiert verteilt wird.“ „Für das Jahr 2023 reduziert sich der Betrag entsprechend der Bundesmittel auf 1,661 Millionen Euro.“ Damit sei aber für die Jahre ab 2023 keine Regelung vereinbart worden. Die Änderung des § 8 Satz 1 Nummer 4 Buchstabe a FAG M-V werde daher durch den Landkreistag MV abgelehnt.

Ausschuss der Regionen

Tilo Gundlack vertrat MV bei der 152. Plenartagung

■ Auf der Plenartagung des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) vom 30. November bis 1. Dezember 2022 in Brüssel vertrat der Landtagsabgeordnete Tilo Gundlack das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern.

Auf der Tagesordnung stand die Annahme von insgesamt zehn Stellungnahmeentwürfen und zwei Entschlüsselungen. Der EU-Kommissar für Landwirtschaft, Janusz Wojciechowski erörterte gemeinsam mit den AdR-Mitgliedern die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die europäische Ernährungsicherheit.



Tilo Gundlack, MdL im Gebäude der EU-Kommission
Foto: Landtag MV

Debattiert haben die AdR-Mitglieder auch mit Vertretern der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft und der Europäischen Investitionsbank (EIB) über die Folgen der durch die russische Invasion

in der Ukraine verursachten Energiekrise für die europäischen Haushalte sowie über die EU-Jugendpolitik. An letzterer Debatte war auch der EU-Kommissar Margaritis Schinas beteiligt.

Der AdR unterstützte auch einen Vorschlag der EU-Kommission, 2023 zum Europäischen Jahr der Kompetenzen zu erklären, in dem Aus- und Weiterbildung bzw. Umschulungen im Bereich des grünen und digitalen Wandels besondere Förderung erfahren sollen.

Detaillierte Inhalte der Tagung finden sie online unter: <https://www.landtag-mv.de/landtag/ausschuesse/blickpunkt-europa-und-internationales>





Das Lehrerkollegium Borwinschule Rostock besucht den Landtag MV im Rahmen einer parlamentarischen Führung.

Lehrerkollegium zu Gast bei Parlamentariern

Abgeordnetengespräche und Führungen sind sehr beliebt

■ Besucht ein Lehrerkollegium den Schweriner Landtag, geht es nicht zwingend um Bildungspolitik. „Ukraine, Nord Stream 2, soziale Missstände – es gibt viele Themen, über die wir mit den Abgeordneten diskutierten. Die einstündige Gesprächsrunde war fast zu knapp“, sagt Sabine Judis. Die Lehrerin für Geschichte und Sozialkunde an der Borwinschule Rostock organisierte für die letzte Sommerferienwoche eine Parlamentarische Führung durch den Landtag Mecklenburg-Vorpommern.

Eine Mitarbeiterin des Besucherdienstes der Landtagsverwaltung begrüßte die Lehrerinnen und Lehrer im Schweriner Schloss. Sie informierte über die Zusammensetzung des Landtages, die Funktionsweise des Parlamentes und die Besonderheiten der parlamentarischen Gremien. In weitergehenden Fragen erfuhr die Gruppe Details und Hintergründe zu den Ausschüssen, zu der Bedeutung von Petitionen sowie zu der Entstehung von Zeitplänen und Tagesordnungen.

Anschließend ging es in die Herzkammer der Demokratie: in den Plenarsaal.

Blick in die Herzkammer der Demokratie

Hier durften Lehrerinnen und Lehrer auf dem Sitz der Landtagspräsidentin Birgit Hesse (SPD) und den Stühlen der Abgeordneten Platz nehmen. „Der Ältestenrat legt die Anordnung der Sitze fest, die nicht unbedingt dem historischen Muster der links-rechts Anordnung folgt. Mit den derzeitigen 8 Überhang- und Ausgleichsmandaten ist der Platz im Plenarsaal allerdings ausgereizt“, erfahren die Lehrerinnen und Lehrer im Plenarsaal.



Einmal im Plenarsaal auf den Plätzen der Abgeordneten sitzen, diese Chance haben die Gäste einer parlamentarischen Führung im Landtag MV.



Fotos: Landtag MV

So nah kommt man nur selten dem Präsidiumstisch und der Glocke der Präsidentin.

dennoch ist es jedes Mal anders“, erzählt Sabine Judis. Seit 20 Jahren unterrichtet sie an der Borwinschule.

Besonders interessant finden die Sozialkundelehrerin und ihre Kollegen die Gesprächsrunden mit den Abgeordneten. Tilo Gundlack von der SPD, spezialisiert auf Finanzpolitik, und Michael Meister von der AfD, spezialisiert auf Arbeitsmarktpolitik, diskutierten mit der Rostocker Besuchergruppe. Sie sprachen über Werften, Abgerodnetengehälter, Inflation und Nord Stream 2.

„Es war wirklich spannend, kratzte aber bei vielen Themen nur an der Oberfläche. Wir haben hinterher noch viel diskutiert – besonders im Lehrerzimmer. Der Besuch im Landtag hat uns viel gegeben“, sagt Sabine Judis.

Die regelmäßigen parlamentarischen Führungen mit ihren Elftklässlern bereitet sie im Unterricht ausführlich vor. Gemeinsam erarbeiten sie Fragen, die sie den Abgeordneten stellen wollen. Die Politiker seien mal mehr, mal weniger auskunftsfreudig. Eindruck haben aber besonders diejenigen hinterlassen, die sich im Nachgang noch einmal melden und Antworten für offen gebliebene Fragen nachliefern. „Das ist gelebte Bürgernähe, von der Schülerinnen und Schüler lange profitieren“, sagt sie.

Ihr Weg zu uns:

Parlamentarische Führungen eignen sich für fast alle Altersgruppen. Der Besucherdienst des Landtages informiert über das Angebot und organisiert die Termine. Interessierte können sich telefonisch unter 0385-525-2105 oder über die E-Mail-Adresse besucherdienst@landtag-mv.de anmelden.



Ein Gespräch mit den Abgeordneten ist für die Gäste einer parlamentarischen Führung eine gute Gelegenheit, Fragen, Anliegen und Ideen einzubringen. Die Gäste der Borwinschule Rostock sprachen mit den Abgeordneten Tilo Gundlack (SPD) und Michael Meister (AfD).

Die Gäste aus Rostock konnten sich gut in die Abgeordneten hineinversetzen. Daraus entstanden eine Menge Fragen: Dürfen Politikerinnen und Politiker im Plenarsaal speisen? Warum sind manche Stühle im Plenarsaal leer? Muss der Plenarsaal baulich vergrößert werden, wenn noch mehr Abgeordnete in den Landtag drängen?

„Eine Kantine versorgt die Abgeordneten mit Essen und Trinken. Im Plenarsaal dürfen beispielsweise nur die Präsidentin, die Schriftführer und die Abgeordneten am Rednerpult trinken, weil sie lange sitzen. Einige Stühle bleiben leer, weil viele Abgeordnete oft parallel Wahlkreisgruppen empfangen oder Re-

den und Gespräche vorbereiten. Die Politikerinnen und Politiker sollten zu ihren jeweiligen Spezialgebieten allerdings anwesend sein. Und die Kapazitäten des Plenarsaals lassen sich variabel auf die Größen der Fraktionen einstellen“, erklärt die Mitarbeiterin des Besucherdienstes.

Jede Führung gewährt neue Einblicke

Die Einblicke waren für die Lehrerinnen und Lehrer interessant. „Wir machten im Mai dieses Jahres mit unseren elften Klassen eine parlamentarische Führung mit. Eigentlich sind wir regelmäßig hier,



Kinder und Jugendliche aus ganz Mecklenburg-Vorpommern überbrachten Landtagspräsidentin Birgit Hesse (Mitte) und den Abgeordneten den Segensgruß.

Sternsinger zu Gast im Landtag

■ Landtagspräsidentin Birgit Hesse hat am 6. Januar, dem Dreikönigstag mehr als 30 Kinder aus den katholischen Kirchgemeinden Stralsund, Rostock, Wismar, Ludwigslust sowie der Montessori-Schule Schwerin am Sitz des Landesparlaments begrüßt – stellvertretend für alle derzeit in MV für Kinderprojekte Spenden sammelnde Sternsingerinnen und Sternsinger.

Die Kinder brachten den traditionellen Dreikönigssegensgruß für das neue Jahr „20+C+M+B+23“ (Christus Mansionem Benedicat = Christus segne dieses Haus) am Portal des Landtages und am Büro der Präsidentin an. Nach einer Andacht in der Schlosskirche lud die Landtagspräsidentin die Kinder und die sie begleitenden Erwachsenen in den Plenarsaal ein, wo die Gäste mit weiteren Abgeordneten ins Gespräch kamen. Der Leiter des Katholischen Büros Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Norbert Nagler, und die evangelische Landesbischöfin, Kristina Kühnbaum-Schmidt, waren ebenfalls zugegen.



Landtagspräsidentin Birgit Hesse mit den Sternsängern im Vorhof des Schweriner Schlosses

Fotos: Uwe Sinnecker



Die Kinder mochten besonders die Stühle, auf denen sonst die Abgeordneten Platz nehmen.



Fast eine Stunde lang stellten die Kinder Fragen an die Abgeordneten.

Fotos: Uwe Sinnecker



Landesbischöfin Kristina Kühnbaum-Schmidt segnet die Sternsinger in der Schloßkirche.



Eine Frage betraf die Stühle der Abgeordneten. Diese sollten möglichst auch in Schulen installiert werden.



Puppenspielerin Margrit Wischnewski rundete den Besuch der Sternsinger im Schweriner Schloss ab.



Landtagspräsidentin Birgit Hesse freut sich über den Dreikönigssegen an ihrer Bürotür.



Die Andacht in der Schloßkirche war ein besonderes Erlebnis.



Abg. Sebastian Ehlers (CDU), Abg. Constanze Oehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Landtagspräsidentin Birgit Hesse, Norbert Nagler (Leiter des Erzbischöflichen Amtes Schwerin)

„Ich freue mich sehr über euren Besuch, denn ihr macht auf ein wichtiges Anliegen aufmerksam - den Kinderschutz. Ihr beweist Mitgefühl und zeigt uns Erwachsenen mit eurem Einsatz zugleich, was möglich ist, wenn Einzelne sich an vielen Orten dafür einsetzen, unsere Welt ein wenig besser zu machen“, wandte sich Landtagspräsidentin Birgit Hesse an die Mädchen und Jungen. Sie dankte den Kindern und all denjenigen, die die Sternsinger-Aktion im Land tragen im Namen des Landtages für deren Engagement.

In lockerer Atmosphäre befragten die Kinder und Jugendlichen anschließend die Präsidentin sowie die Abgeordneten durch alle Bereiche und Themengebiete: Seid ihr auch als Sternsinger unterwegs gewesen?, Könnten wir solche Stühle wie im Plenarsaal auch in der Schule haben?, Schmeckt das Essen in der Kantine? Oder: Ist man nicht sauer, wenn man nicht gewählt wurde? Nach dieser bunten Gesprächsrunde folgte eine Puppentheater-Aufführung in der Hofdornitz – der krönende Abschluss des traditionellen Besuchs der Sternsingerinnen und Sternsinger im Schweriner Schloss.

Foto: Landtag MV



Das Schweriner Schloss ist nicht nur filmreif, sondern auch ein Filmset. „The Mad King“ heißt der Streifen, den die Filmstudio Lüneburg GmbH in den vergangenen Monaten im Schweriner Schloss gedreht hat. Am 14. Dezember haben Produzenten und Darstellende den Trailer in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Landtagspräsidentin Birgit Hesse und Landtagsdirektor Armin Tebben vorgestellt. Der Film thematisiert die globale Erwärmung – im Setting des 19. Jahrhunderts. Er soll bei den Filmfestspielen in Cannes Premiere feiern. Den ersten Trailer sowie weitere Infos zum Film und der Crew finden sie online. <https://madkingthemovie.com/>



Foto: Jens Hecker



Jetzt liegt sie in den Händen der Kulturministerin – die Welterbe-Bewerbung der Landeshauptstadt Schwerin. Dr. Rico Badenschier - Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Schwerin hat die Unterlagen am 14. Dezember symbolisch an Bettina Martin übergeben (die eigentliche Übermittlung passiert digital). Anfang dieses Jahres gehen die Unterlagen dann an die UNESCO. Die Bewerbung hat einen langen Weg genommen – die ursprüngliche Initiative liegt bereits 20 Jahre zurück. Landtagspräsidentin Birgit Hesse betonte deshalb die Ausdauerleistung aller Beteiligten, die immer auch von der Begeisterung und Unterstützung der Schweriner Bevölkerung getragen wurde. Das Herzstück des Residenzensembles ist natürlich: das Schweriner Schloss, der Sitz des Landtages. Deshalb drücken wir ganz besonders fest die Daumen!

Foto: Rainer Cordes



Regelmäßig findet vor Beginn der Sitzungswoche mittwochs um 08:00 Uhr eine öffentliche Andacht in der Schloßkirche statt. Am 7. Dezember gestalteten die Brüder der Gemeinschaft von Taizé die Landtagsandacht in der Schweriner Schlosskirche. Frère Richard (re.) und Frère Norbert (li.) warben dabei auch für das Europäische Jugendtreffen, das über den Jahreswechsel in Rostock und Umgebung stattfand. „Wir erwarten rund 5000 jungen Menschen aus den Ländern Europas“, sagte Frère Norbert in der Schweriner Schlosskirche. Taizé ist ein kleiner Ort nahe dem ostfranzösischen Cluny und Sitz einer ökumenischen Gemeinschaft, die Jugendliche aus aller Welt besuchen, um gemeinsam zu beten, zu schweigen und ins Gespräch zu kommen. Gegründet wurde die Gemeinschaft 1940 von Frère Roger (Roger Schutz), der 2005 nach dem Messerangriff einer psychisch verwirrten Frau starb. Seit 1978 lädt die Bruderschaft zur Jahreswende zu Europäischen Jugendtreffen ein. Foto vlnr: Pastor Albrecht Jax (Taizé-Koordinator der Nordkirche), Bruder Norbert, Landtagsabgeordnete Katy Hoffmeister, Bruder Richard, Norbert Nagler (Leiter des Erzbischöflichen Amtes Schwerin)